

# POLITISCHE ENTWICKLUNG: VOM BANNALPSTREIT ZUM WELLENBERG

Das durch die Landsgemeinde-Demokratie und die traditionelle Vorherrschaft der Konservativen Partei geprägte politische Leben Nidwaldens erfuhr ab den 1930er-Jahren einen vielfältigen Wandel: Mit dem Bannalpstreit zu Beginn der Epoche und dem Wellenbergkonflikt am Ende veränderten zwei innenpolitische Auseinandersetzungen die Parteienstruktur und die Ausgestaltung der direkten Demokratie. Darüber hinaus beeinflussten der Zweite Weltkrieg und die Réduit-Strategie die Entwicklung Nidwaldens ebenso wie der Anschluss an das schweizerische Verkehrsnetz, der wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung und zur Modernisierung beitrug.

## DER BANNALP-STREIT

Der Bannalp-Konflikt drehte sich um die Frage, ob Nidwalden weiterhin einen grossen Teil des Stroms vom Elektrizitätswerk Luzern-Engelberg (EWLE) be-

ziehen oder ob ein eigenes Kraftwerk gebaut werden sollte.<sup>1</sup> Er entzündete sich am Unmut vieler Nidwaldnerinnen und Nidwaldner über das Preisdiktat und die Kontrollpolitik des Luzerner Werks.<sup>2</sup> Insbesondere die neu eingeführten Stromzähler wurden als Schikane und Bevormundung empfunden. Dabei verlief die Trennlinie zwischen Befürwortern und Gegnern der Eigenversorgung mitten durch die Parteien. Treibende Kraft hinter dem Projekt war ein unabhängiges Initiativkomitee, das in der Folge die traditionelle Parteienstruktur zersetzte.

### Goldenes Kalb oder wirtschaftliche Katastrophe?

Der Grund für die tiefe Spaltung lag in der unterschiedlichen Beurteilung, ob ein eigenes Elektrizitätswerk jemals rentieren könne oder ob sich Nidwalden damit in den finanziellen Ruin stürzen würde. Die Motivation der Initianten war der Wunsch nach Unabhängigkeit vom EWLE. Die Initianten sahen sich als Kämpfer für die «Rechte der

Heimat» und als Vorkämpfer für wirtschaftlichen Fortschritt. Die Wasserkraft des Kantons sollte von einem eigenen Werk ausgenützt werden und die Gewinne sollten der eigenen Bevölkerung zugutekommen. Fachleute des Bundes prognostizierten hingegen Baukosten von 5,7 Millionen Franken und einen unrentablen Betrieb – dies im Vergleich zu jährlichen Staatsausgaben von nur rund 1,5 Millionen Franken. Der Regierungsrat und eine Mehrheit des Landrats kämpften vehement gegen das Bannalp-Projekt, denn ein finanzielles Fiasko schien auch ihnen unausweichlich. Diese pessimistische Annahme wurde von den Initianten – zu Recht, wie sich zeigen sollte – ebenso vehement bestritten.

### Harte Kämpfe, grosser Sieg und politischer Umsturz

Der politische Kampf wurde insbesondere in der Presse und mit aller Härte geführt, wobei namentlich die Initianten auch vor persönlichen Angriffen nicht zurückschreckten.<sup>3</sup> Die Behörden konterten mit politischen Winkelzügen, um das Projekt zu verhindern: Jahrelang wurden die Initianten hingehalten, Initiativbegehren und Vorstösse an die Landsgemeinde mehrfach für ungültig erklärt. Gutachten und Gegengutachten, politische Vorstösse aller Art und eine massive Propagandamaschinerie prägten den Abstimmungskampf vor der entscheidenden Landsgemeinde 1934. Bei einer ausserordentlich hohen Stimmbeteiligung von 75 Prozent stimmten die Nidwaldner mit einer Zweidrittelmehrheit dem Bau des Bannalpwerks zu. Anders als üblich folgten die Wahlen erst nach dieser Abstimmung. Von insgesamt elf Regierungsräten stellten sich lediglich zwei einer Wiederwahl: Vier hatten bereits im Vorfeld der Landsgemeinde ihren Rücktritt erklärt, einer war im Amt gestorben und vier weitere erklärten unmittelbar nach dem Ja zum Bannalpwerk ihren sofortigen Rücktritt und stiegen vom «Härdplättli». Sie kamen so ihrer sicheren Abwahl zuvor, denn aus dem Kreis der «Bannalper» waren im Vorfeld gezielt Gegenkandidaten aufgestellt worden. Von den Bisherigen wurden einzig Theodor Gabriel und Karl Niederberger wiedergewählt. Die Neugewählten waren allesamt Bannalp-Befürworter. Der Liberalen Partei blieb nur noch ein einziger von bisher vier Sitzen, die übrigen gingen an parteilose «Bannalper» oder an die Konservative Partei.

Mit dem Ja der Landsgemeinde und dem Umsturz in der Regierung war der Kampf aber



noch nicht ausgefochten. Einerseits pochte das EWLE auf die Einhaltung geltender Verträge und versuchte, die Realisierung des Projekts zu verhindern. Andererseits stritten sich die Initianten um technische Fragen und Personalien. Nicht weniger als dreissig Urteile und 86 Verfügungen des Bundesgerichts sowie sieben Entscheide und sechs Verfügungen des Bundesrats wurden in der Folge erlassen. Im August 1935 wurde die Baustelle schliesslich eingesegnet und am 1. Juli 1937 nahm das Bannalpwerk den Betrieb auf.

### Zwei grosse Dominatoren und die Rolle der Landsgemeinde

Die treibenden Kräfte des Bannalp-Projekts, Remigi Joller aus Stans und Werner Christen aus Wolfenschiessen, wurden 1934 in den Regierungsrat gewählt. Sie dominierten die Politik Nidwaldens über Jahrzehnte. Von 1935 bis 1945 wechselten sie sich als Landammann und Landesstatthalter ab, und von 1937 bis 1967 amtierten sie nacheinander als Ständeräte. Während Christen als Präsident der Baukommission und eigentlicher Projektleiter den Kraftwerkbau mit grossem Einsatz vorantrieb, agierte Joller mehr auf der politischen Bühne.

Zwar hatten die «Bannalper» in der Regierung die Mehrheit, doch gab es im Parlament und in der Verwaltung weiterhin Kräfte, die das

↑ Der Bau des Stausees auf Bannalp dauerte von 1934 bis 1937. Die Konflikte im Vorfeld und während der Bauzeit führten zu grossen politischen Verwerfungen – die siegreiche «Bannalp-Partei» dominierte in der Folge bis nach dem Zweiten Weltkrieg die Politik im Kanton.

<sup>1</sup> Vgl. Ettlin, Bannalp; Schleifer, Wasserkraft; Hodel, Versorgen.  
<sup>2</sup> StA NW: OB 1-10, Der Bannalperbote Nr. 1 vom 18. 11. 1933.

→ Die Initianten des Bannalpwerks, jeweils von links nach rechts, 1. Reihe: Ingenieur Wilhelm Flury, Kaplan Konstantin Vokinger, Werner Christen, J. Waser, Remigi Joller; 2. Reihe: Josef Achermann, Heinrich Leuthold, Eduard Leuthold, Jakob Odermatt; 3. Reihe: Blasius Christen, Christian Scheuber, Arnold Christen.



<sup>3</sup> Das von Kaplan Konstantin Vokinger gegründete Kampfblatt «Der Bannalperbote» war das wichtigste Medium des Initiativkomitees. Es erschien von 1933 bis 1936 in 30 Ausgaben.



4 Vgl. GdK NW 2, S. 115.  
5 Luzerner Tagblatt vom 26. 4. 1937.  
6 Kley, Art. Vollmachtenregime.  
7 Bucheckern, Nüsse der Rotbuche.

Vorhaben torpedierten. Deshalb lancierte Joller eine Verfassungsrevision, die die Wahlkompetenzen der Landsgemeinde ausbaute und der das Volk 1936 mit grossem Mehr zustimmte.<sup>4</sup> Das Korrektiv erfolgte jedoch bereits ein Jahr später. Die Landsgemeinde folgte den «Bannalpern» in ihrem Ansinnen nicht, auch noch die letzten verbliebenen Gegner aus Regierung und Verwaltung abzuwählen. Der Angriff richtete sich gegen den langjährigen Polizeidirektor Theodor Gabriel und einige Beamte. Die zuvor in Lähmung verfallenen Gegner begannen sich zu wehren, denn ein Flugblatt, das «gegen die Führer der alten bürgerlichen Parteien die masslosesten Angriffe enthielt, als seien sie Landesverräter», hatte sie aufgerüttelt.<sup>5</sup> Die «Bannalper» wurden zum ersten Mal von der Landsgemeinde, die ihnen zur Macht verholfen hatte, in die Schranken gewiesen. Es sollte jedoch noch Jahre dauern, bis die traditionellen Parteien ihre frühere Bedeutung wiedererlangten.

#### Eine Zeit der Radikalität

Die Beurteilung der Bannalperzeit bleibt zwiespältig, hinterlässt sie doch den Eindruck einer Zeitspanne mit zutiefst vergiftetem politischem Klima. Auf der einen Seite beeindruckten der Mut und die Tatkraft, mit der die Initianten ihr Projekt realisierten. Die Geschichte gab ihnen im Nachhinein recht: Der Bau konnte für 3,65 Millionen Franken realisiert werden und das Elektrizitätswerk Nidwalden (EWN) schrieb bereits ab dem ersten Jahr Gewinne. Auf der anderen Seite erschrecken der Fanatismus und die teilweise diktatorisch anmutenden Methoden der «Bannalper». Es gab für sie nur «für uns» oder «gegen uns», und die Gegner wurden mehr und mehr an den Rand gedrängt. Ihre Radikalität muss allerdings auch als Reaktion auf das Verhalten von Regierung und Landrat verstanden werden, die auf jede erdenkliche Wei-

se versuchten, das Eigenwerk zu verhindern. Dies führte zu verhärteten Fronten, gegenseitigen Verunglimpfungen und auf Seiten der Initianten zu einem immer fanatischer werdenden Kampf für ihre Bannalp-Idee.

#### DER ZWEITE WELTKRIEG IM RÉDUIT

Der Zwist in Nidwalden trat mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in den Hintergrund. Die äusseren Bedrohung erforderte innere Einheit – sowohl im Kanton wie auch in der Eidgenossenschaft. Prägend war die «Geistige Landesverteidigung», der unbedingte Wille, die Unabhängigkeit des Landes mit seinen historisch gewachsenen kulturellen und politischen Eigenarten zu bewahren und militärisch zu verteidigen. Sie förderte nicht nur den Zusammenhalt in der Bevölkerung, sondern machte auch die schwierige Alltagsbewältigung erträglicher.

#### Vollmachtenregime und Anbauschlacht

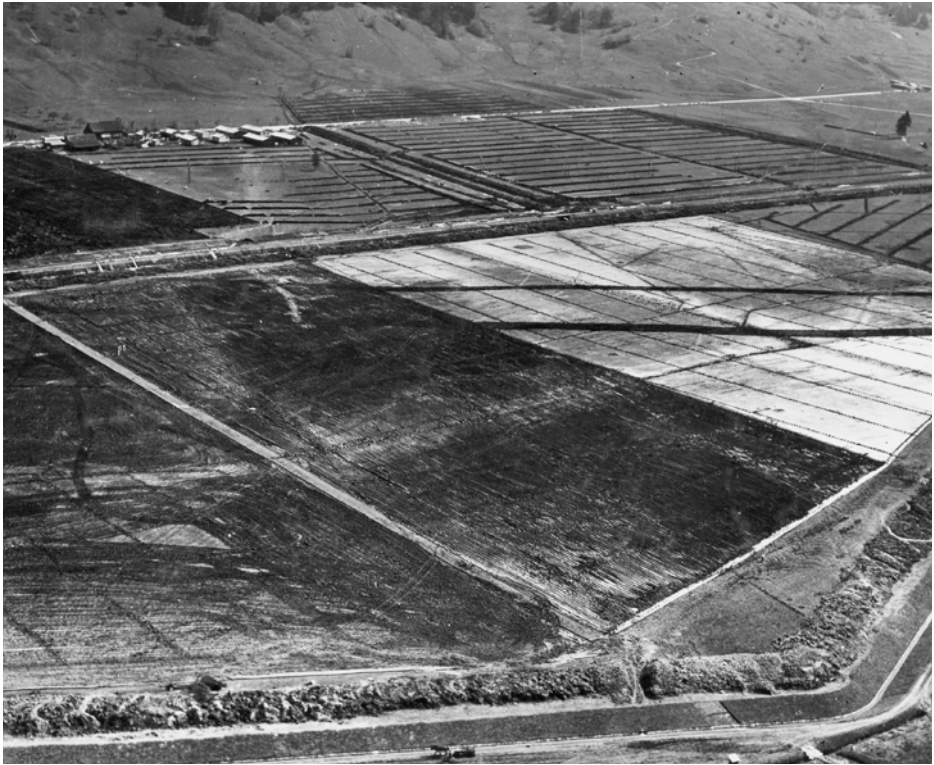
Durch das Vollmachtenregime erlangte der Bundesrat weitgehende Kompetenzen, und der Föderalismus wurde in vielen Bereichen aufgehoben.<sup>6</sup> Die vom Bund verlangte Rationierung und zentrale Verwaltung von wichtigen Gütern stellte den Kanton Nidwalden vor grosse Herausforderungen, zumal er kaum über eine professionelle Verwaltung verfügte. So mussten etwa Abgabe und Rücknahme von Rationierungsmarken, Sammlung von Altstoffen, Kontrolle der Brennstoffe und der Produktion von Eiern und Schafwolle, Abgabe von Seifen und Waschmitteln, Maikäfersammelaktionen und das Anhalten der Jugend zur Sammlung von Buchnüssen<sup>7</sup> für die Ölgewinnung organisiert werden. Um die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu verbessern, strebte der Bundesrat



einen massiven Ausbau der landwirtschaftlichen Produktion an, die sogenannte Anbauschlacht. Neben dem Anbau in Vorgärten, Rabatten und auf Sportplätzen wurde auch neues Landwirtschaftsland erschlossen. Nidwalden realisierte dafür insgesamt 48 Meliorationsprojekte<sup>8</sup>, die grössten betrafen die Entwässerung des Stansstaderrieds und des Drachenrieds in Ennetmoos.

#### Männer im Aktivdienst

Die grösste Herausforderung für die Bevölkerung war der Aktivdienst: Die monatelange Abwesenheit vieler Männer hinterliess in Landwirtschaft und Gewerbe, aber auch in den Familien grosse Lücken. Umso mehr gefordert waren die Frauen, die die Männer ersetzen mussten. Die meisten Nidwaldner leisteten Dienst in der Nidwaldner Gebirgsschützenkompanie III/47, die von 1916 bis 1961 existierte und danach vom «Schützen-Zwölfi»<sup>10</sup> abgelöst wurde. Von der Generalmobilmachung am 1. September 1939 bis zum Kriegsende 1945 leisteten jeweils zwischen 200 und 300 Mann in der Nidwaldner Truppe Militärdienst. Sie wurden unter anderem für das Sperren der Haupteinfallssachsen, in Réduitstellungen im Eigenthal und im Entlebuch sowie zur Internierten- und zur Grenzbewachung eingesetzt. Die durchschnittliche Aktivdienstzeit eines Wehrpflichtigen betrug über zwei Jahre.<sup>11</sup>



#### Nidwalden und die Réduit-Strategie

Nidwalden war ein wichtiges Gebiet in der Réduit-Strategie.<sup>12</sup> Davon zeugen die vielen Artillerieforts, Infanteriewerke und Geländehindernisse auf dem Kantonsgebiet. Die Anlagen in Nidwalden verfügten über die grösste Konzentration an Artillerierohren in der ganzen Schweiz. Insbesondere im Bürgenberg und im Mueterschwanenberg wurden während des Krieges gewaltige Festungsanlagen gebaut. Auf dem Drachenried in Ennetmoos erinnern bis heute die mittlerweile denkmalgeschützten Panzersperren an die Rolle Nidwaldens im Réduit. Auch die Schweizer Luftwaffe war präsent: Erstmals 1928 von einer Flieger-RS genutzt, wurde der Militärflugplatz in Buochs/Ennetbürgen mit Ausbruch des Krieges vom Bundesrat zum ständigen Flugplatz erklärt. Die militärischen Arbeitsplätze blieben auch nach dem Krieg von volkswirtschaftlicher Bedeutung, wobei vor allem der Militärflugplatz und der 1971 eröffnete Waffenplatz in Wil zu erwähnen sind.<sup>13</sup> Die Réduit-Strategie bewirkte zudem, dass Nidwalden für grenznahe Gebiete als sicherer Rückzugsort galt. So quartierten sich etwa im Hotel Fürigen gutbetuchte Basler oder Zürcher oft für längere Zeit ein. Das mondäne Leben dieser Privilegierten, die sich mit Baden, Bootfahren und Tanzen vergnügten, wurde durch den Krieg nur wenig tangiert.<sup>14</sup>

↖↑ Im Rahmen der «Anbauschlacht» wurde das Drachenried in Ennetmoos melioriert: links polnische Internierte im Mai 1942 beim Kartoffelanbau, rechts ein Überblick über das «Stadtzürcherische Pflanzwerk für wirtschaftliche Unternehmungen».

8 Diese Projekte dienten gleichzeitig als Beschäftigungsprogramme für Arbeitslose.

9 Bellwald-Roten/Jorio, Art. Wirtschaftliche Landesversorgung; Offiziersgesellschaft Nidwalden, Wehranstrengungen, S. 4, 91 f.; Furrer, Schweiz, S. 72.

10 Das «Schützen-Zwölfi» (Geb S Bat 12) wurde im Rahmen der «Armee 21» Ende 2003 aufgelöst.

11 Geb S Bat 12, Erinnerung, S. 14 – 33; Kreis, Schweiz, S. 166; Furrer, Schweiz, S. 71 f.

12 Vgl. dazu GdK NW 2, S. 137 f.

13 Seit 2003 befindet sich in Wil das Ausbildungszentrum der Armee für Auslandseinsätze (SWISSINT).

14 Offiziersgesellschaft Nidwalden, Wehranstrengungen, S. 8, 82 – 87; Risi, Berg, S. 6; Kreis, Schweiz, S. 101 – 107.



**15** Vgl. dazu Hodel, Nidwalden.  
**16** Hodel, Nidwalden; Kreis, Schweiz, S. 147 – 150; Furrer, Schweiz, S. 70 f.; Jorio, Art. Geistige Landesverteidigung.  
**17** Interview von Karin Schleifer mit Hermann Altmann vom 19. 2. 2001; Obermüller, Feigel, S. 32 f.; StA NW: A 1901, Kontrolle der Ausländer; vgl. UEK, Flüchtlinge.  
**18** Der Untersuchungsbericht hatte allerdings auch zahlreiche Hinweise für seine Sympathie für den Nationalsozialismus ergeben.  
**19** StA NW: D 2832-6/6, Remigi Joller, Säuberungsaffäre.

### Alltag im Krieg

Der Alltag war für die Bevölkerung mit Einschränkungen verbunden: Die Lebensmittel waren rationiert, der Handel mit Gütern des täglichen Bedarfs war streng reglementiert und abends mussten die Fenster verdunkelt werden. Zeitzeugen<sup>15</sup> berichteten allerdings, dass diese Einschränkungen in Nidwalden als nicht sehr belastend empfunden wurden. So gab es immer genug Lebensmittel, wofür neben dem Selbstanbau auch bäuerliche Verwandte und der Schwarzmarkt sorgten. Auch das soziale Leben fand – wenn auch eingeschränkt – weiterhin statt und ermöglichte einen Ausgleich zur harten Arbeit. Armut und soziale Not wurden durch staatliche Unterstützung gelindert. Dennoch war das Gefühl latenter Bedrohung durch den rundherum in Europa tobenden Krieg belastend. Hinzu kamen die Ungewissheit über den weiteren Kriegsverlauf und die Angst um die Männer im Aktivdienst.<sup>16</sup>

### Jüdische Flüchtlinge in Hergiswil

Als Binnenkanton hatte Nidwalden in der Flüchtlingspolitik nicht die gleiche Bedeutung wie die Grenzkantone. Dennoch konnte durch den diskreten passiven Widerstand der Nidwaldner Polizeibehörden gegen die restriktive Flüchtlingspolitik des Bundes zahlreichen Menschen geholfen werden. Übereinstimmend berichteten Vertreter der beiden in Hergiswil ansässigen jüdischen Familien Feigel und Altmann, dass die Ortspolizisten auf ausdrückliche Anordnung «von oben» die Weisungen der Schweizer Fremdenpolizei missachteten. Diese sahen unangemeldete Kontrollen in Häusern vor, in denen die Behörden illegale Flüchtlinge vermuteten. In Hergiswil wurden zwar durchaus Kontrollen durchgeführt, jedoch stets nach rechtzeitiger «Voranmeldung». Polizeidirektor Theodor Gabriel veranlasste diese Politik und trug so zur Rettung jüdischer Flüchtlinge bei. In den Ausländer-Verzeichnissen der Nidwaldner

Polizeibehörden wurden in der Zeit des Zweiten Weltkriegs 82 Flüchtlinge registriert, die meisten davon Juden. Gemäss Hermann Altmann, der den Krieg in Hergiswil als Kind erlebte, dürfte die Zahl der jüdischen Flüchtlinge, die via die beiden Haushaltungen Feigel und Altmann ihre Auswanderung nach Israel oder Amerika antreten konnten, mindestens doppelt so hoch gewesen sein.<sup>17</sup>

### Die Säuberungsaffäre

Nach Kriegsende gab es in der ganzen Schweiz sogenannte Säuberungen, die bisher nicht entlarvte Landesverräter überführen und Nazi-Anhänger an den Pranger stellen sollten. Auch in Nidwalden entstand Unruhe in der Bevölkerung. Auf nächtlich ausgehängten Plakaten wurden im Sommer 1945 – neben zwei namentlich bekannten deutschen Nationalsozialisten – auch Einheimische des Nationalsozialismus bezichtigt. Wilde Gerüchte und Verdächtigungen machten die Runde und eine Kommission untersuchte die Vorwürfe. Formell ging es dabei nur um den Tatbestand des Landesverrats, doch kamen durch diese Untersuchung auch die Sympathien einzelner Personen für den Nationalsozialismus ans Licht. Möglicherweise wurde die Säuberungsaffäre auch genutzt, um mit besonders streitbaren Exponenten der Bannalp-Bewegung abzurechnen. So trat Landschreiber Carl Remigi Lussy nach der Veröffentlichung des Untersuchungsberichts mit der Begründung von seinem Amt zurück, als Bannalp-Befürworter sei er zu vielen Anfeindungen ausgesetzt gewesen.<sup>18</sup> Der ebenfalls angeschuldigte Regierungs- und Ständerat Remigi Joller konnte sich hingegen von jedem Verdacht befreien. Den Schlussstrich unter die Affäre zog der Landrat am 15. Dezember 1945, indem er alle angeschuldigten Kantonsbürger vom Verdacht des Landesverrats freisprach.<sup>19</sup>

### VERKEHRSSANIERUNG: ANSCHLUSS AN DIE WELT

Nach Kriegsende herrschte Aufbruchstimmung und damit verbunden die Hoffnung auf ökonomischen Aufschwung. Gute Verkehrsverbindungen galten als Schlüssel für die wirtschaftliche Entwicklung, namentlich für die Ansiedlung neuer Industrien und für den Tourismus. Die Nidwaldner Verkehrsinfrastruktur war dafür nicht gerüstet: Die Kapazität der Strassen war angesichts der steigenden Motorfahrzeugdichte und des zuneh-



menden Freizeitverkehrs zu gering. Die Stansstad–Engelberg-Bahn war technisch veraltet, den touristischen Spitzenfrequenzen nicht mehr gewachsen und dem Konkurs nahe. Vor allem aber endete sie in Stansstad und bot somit keinen Anschluss ans SBB-Netz nach Luzern und damit in die Welt. Die «Sanierung der Verkehrsverhältnisse», wie das Jahrhundertprojekt im Politjargon hiess, stellte eine enorme Herausforderung mit einem nie dagewesenen Investitionsaufwand dar. Es beschäftigte Nidwalden über Jahrzehnte.<sup>20</sup>

### Ein starkes Mehr soll den Bund überzeugen

Innerhalb des Kantons gab es allerdings unterschiedliche Interessen: Das Engelbergertal favorisierte den Ausbau der Stansstad–Engelberg-Bahn, die Seegemeinden eine Autobahn durch ihr Gebiet.<sup>21</sup> Es zeigte sich bald, dass nur eine Gesamtsanierung von Bahn und Strasse mehrheitsfähig sein würde. Der Bahnausbau war weniger umstritten, denn man erhoffte sich, dass die fehlenden zwei Kilometer zwischen Stansstad und Hergiswil zur wirtschaftlichen Lebensader werden würden, wie es der Promotor der Verkehrsausbaus, Baudirektor Remigi Joller, an der Landsgemeinde von 1954 formulierte.<sup>22</sup>

Opposition gegen das Bahnprojekt kam in erster Linie aus der Bundesverwaltung, denn der Ausbau von Strasse und Schiene in strukturschwa-

chen Regionen galt als übertriebener Luxus. Die Bahn werde auf absehbare Zeit Defizite einfahren. Solchen Prophezeiungen wurde aber kaum Glauben geschenkt, zu präsent war noch die Fehleinschätzung der Bundesexperten beim Bannalpwerk. Ein klares Zeichen sollte nun nach Bern gesandt werden: Der Landsgemeinde 1954 wurden drei Vorlagen, die den Ausbau von Schiene und Strasse sowie deren Finanzierung beinhalteten, vorgelegt: «Dem Bund soll klar und eindeutig der Wille unseres Volkes zur Verkehrssanierung, auch wenn dies enorme Opfer von Seiten des Nidwaldnervolkes fordert, dargelegt werden.»<sup>23</sup>

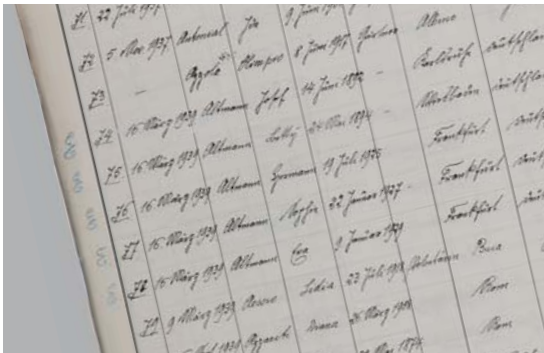
### Grosse Zustimmung an der Landsgemeinde – Bern nimmt den Ball auf

Die mit rund 3500 Stimmbürgern sehr gut besuchte Landsgemeinde vom 25. April 1954 stimmte allen drei Vorlagen deutlich zu. Nach dem einstimmigen Ja zum Bahnausbau war die Opposition gegen die Strasse kleiner als erwartet. Den erfolglosen Verwerfungsantrag stellten die Jungkonservativen, die von Grössenwahn sprachen und einen Vergleich mit der deutschen Reichsautobahn anstellten. Auch die Gegner aus Hergiswil, die die überdimensionierte Planung, den Kulturlandverlust, die Entrechtung der Gemeinde bei der Linienführung sowie ein drohendes finanzielles Fiasko beschworen, opponierten

← Jede Eröffnung eines Teilstücks der Autobahn wurde in den 1960er-Jahren mit einem Volksfest gefeiert. Die offizielle Eröffnung des letzten Teilstücks der N2 Luzern–Stans fand am 9. Juli 1966 in Hergiswil statt.

**20** Amtsblatt vom 16. 4. 1954: Botschaft des Landrats; Steinmann, Weichenstellungen, S. 117 – 123.  
**21** Die zunächst als «linksufrige Autostrasse» bezeichnete Verbindung wurde als Nationalstrasse N 2 realisiert.  
**22** Steinmann, Weichenstellungen, S. 122; Nidwaldner Volksblatt vom 28. 4. 1954.  
**23** Steinmann, Weichenstellungen, S. 126 – 134; Zitat: Amtsblatt vom 16. 4. 1954, Botschaft des Landrats.

→ Flüchtlinge und sich vorübergehend in Nidwalden aufhaltende Juden wurden im Register der kantonalen Ausländerkontrolle speziell markiert; hier die Einträge von Verwandten der jüdischen Familie Altmann, die seit 1931 in Hergiswil ansässig war.







↑ *Der Lehnenviadukt in Beckenried: Stand der Arbeiten im Herbst 1978.*

**24** Unterwaldner und Nidwaldner

Volksblatt vom 28. 4. 1954;

Freie Innerschweiz vom 26. 4. 1954.

**25** Steinmann, Weichenstellungen, S. 131 – 157.

**26** Albrecht amte 1958 – 1974 als Nidwaldner Baudirektor und 1967 – 1979 als Nationalrat. Nachruf: Nidwaldner Volksblatt vom 23. 4. 1988.

**27** Bänziger, Lehnenviadukt; Meier, Kanton. Vgl. dazu auch GdK NW 2, S. 140 f.

**28** Autobahn N2/N8, Steinschlagschutz, eröffnet 2006.

**29** Zentralbahn, verkürzte Fahrzeit, weniger aufwendiger Unterhalt, eröffnet 2010 nach grossen Kostenüberschreitungen und langen Verzögerungen.

**30** 2005 fusionierten die Luzern–Stans–Engelberg-Bahn und die Brünigbahn zur Zentralbahn.

**31** Vgl. GdK NW 2, S. 143.

**32** StA NW: D 2828-4, Rechenschaftsberichte des Regierungsrates.

**33** Die Schilderung des Ereignisablaufs beruht auf StA NW: A 1200, Regierungsratsprotokolle 1985 – 2002; Scholz, Entscheidungsprozesse, S. 12 f.; www.mna.ch (Version vom 7. 7. 2013).

**34** Pressemitteilung zum RRB Nr. 47 vom 20. 1. 1986.

vergeblich. Die liberale und die sozialdemokratische Presse bejubelten die fortschrittliche Gesinnung der Nidwaldner. Der Redaktor des konservativen Nidwaldner Volksblatts kommentierte, die «bedauerliche Strassenkonzession» sei unvermeidlich gewesen, die Zustimmung des Volkes aber eine staatspolitisch kluge Entscheidung – und dies entgegen der üblichen Beurteilung, das Nidwaldnervolk sei starrköpfig und unfähig zur Realpolitik.<sup>24</sup>

Das Signal kam in Bern an. 1956 erteilten Bundesrat und Parlament die Konzession für die Bahn-Verbindungsstrecke von Hergiswil nach Stansstad. Nach der Übernahme der konkursiten Stansstad–Engelberg-Bahn durch den Kanton beschloss das eidgenössische Parlament 1960, den Bahnausbau mit einem Bundesanteil von zwei Dritteln zu fördern. Wegleitend für die ungewöhnlich hohe Subvention waren der Respekt vor dem Volkswillen und die Solidarität mit dem Gebirgskanton, der grosse Anstrengungen unternahm, um seinen Rückstand in der wirtschaftlichen Entwicklung aufzuholen.<sup>25</sup>

#### Nidwalden – eine Baustelle für Jahrzehnte

Die folgenden 25 Jahre waren geprägt von den beiden grossen Bauprojekten. Das schwierige Terrain mit schlechtem Baugrund sowie die zahlreichen Brücken, Tunnel und Viadukte erschwerten und verteuerten die geplanten Bauten. Auch

wurden noch während der Bauzeit Erweiterungen beschlossen, etwa der Ausbau des Autobahnabschnitts zwischen Stans und der Gotthardstrecke von zwei auf vier Spuren. Die Nationalstrasse in ihrer heutigen Linienführung kam an der Landsgemeinde von 1964 zur Abstimmung. Federführend war Baudirektor und Nationalrat August Albrecht, der auch als einer der Väter der Schweizer Autobahnvignette gilt.<sup>26</sup> Nidwalden war über lange Zeit eine Baustelle, bis die beiden Projekte mit den Eröffnungen der Luzern–Stans–Engelberg-Bahn (LSE) 1964 und des Seelisberg-Autobahntunnels 1980 abgeschlossen werden konnten.<sup>27</sup>

#### Der Verkehr bleibt ein Thema

Wie andernorts sind auch in Nidwalden Verkehrsfragen im Fokus der politischen Debatte geblieben. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts und in der Gegenwart wurden grosse Projekte realisiert oder sind in Diskussion: der Kirchenwaldtunnel am Lopper<sup>28</sup>, der Tunnel nach Engelberg<sup>29</sup> sowie der umstrittene Doppelspurausbau der Zentralbahn<sup>30</sup> in Hergiswil. Auch im Agglomerationsprogramm, mit dem der Bund mit Zuschüssen eine koordinierte Verkehrs- und Siedlungsplanung fördern will, ist die Verkehrsinfrastruktur ein Hauptthema.<sup>31</sup> Dabei stehen die durch die Bevölkerungsentwicklung angewachsenen Pendlerströme im Brennpunkt. Und schliesslich sorgt auch die Frage nach der zivilen Nutzung des ehemaligen Militärflugplatzes für die Geschäftsfliegerei seit Jahren für Diskussionen.<sup>32</sup>

#### DER KAMPF UM DAS ATOMENDLAGER IM WELLENBERG

Zwischen 1969 und 1984 nahmen in der Schweiz vier Kernkraftwerke den Betrieb auf. Mit der Endlagerung der dabei anfallenden Abfälle wurde die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) betraut. 1986 bot der Regierungsrat der Nagra an, auf Nidwaldner Kantonsgebiet Sondierungen für ein Atomendlager durchzuführen.<sup>33</sup> Motivation war der volkswirtschaftliche Nutzen, den sich die Regierung von einer solchen Anlage versprach.<sup>34</sup> Schnell formierte sich der Widerstand. Das als Reaktion gegründete Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldner Volkes bei Atomanlagen (MNA) verbuchte an der Landsgemeinde von 1987 seinen ersten Sieg: Die Kantonsverfassung wurde so geändert, dass re-



gierungsrätliche Stellungnahmen zu Atomfragen zwingend vor die Landsgemeinde mussten. Wie beim Bannalp-Streit verlief die Front der Befürworter und Gegner mitten durch die politischen Parteien. Zwar befürworteten viele Bürgerliche den Kurs des Regierungsrats, der mit seinem Angebot Hand zur Lösung eines gesamtschweizerischen Problems bot und sich dafür eine angemessene Entschädigung erhoffte. Zahlreiche Konservative, namentlich aus landwirtschaftlichen Kreisen, schlossen sich jedoch der vom links-grünen Demokratischen Nidwalden (DN) angeführten Gegnerschaft an. Besonders engagiert verlief der Abstimmungskampf in der Standortgemeinde Wolfenschiessen. Den Befürwortern wurde vorgeworfen, persönlichen Profit anzustreben sowie Heimat und Natur für Abgeltungszahlungen zu verkaufen. Die Gegner wiederum sahen sich mit dem Vorwurf des «grünen Neinsagertums» konfrontiert, das Lösungen für aktuelle Probleme aus Prinzip ablehne.

#### Wachsendes Misstrauen gegen die Nagra

Trotz des faktischen Neins der Landsgemeinde bewilligte der Bundesrat 1988 Sondierbohrungen am Wellenberg. Die Nidwaldner Regierung beharrte – auch unter dem Druck des wachsenden Widerstands im Kanton – wiederholt darauf, dass die Nagra alle in Betracht gezogenen Standorte gleich behandeln müsse. Ausschliesslich Fragen der

Sicherheit dürften den Ausschlag für die Standortwahl geben. So reagierte der Regierungsrat mit «Erstaunen und Befremden» darauf, dass die Nagra den Standort Ollon (VD) wegen politischer Schwierigkeiten fallen liess.<sup>35</sup> Es kam die Befürchtung auf, die Nagra würde bei der Standortwahl politische Überlegungen höher gewichten als naturwissenschaftliche Fakten. Das MNA lancierte 1988 weitere Initiativen, um der Bevölkerung ein verbindliches Mitspracherecht über ein allfälliges Atomendlager zu sichern. Die Landsgemeinde hiess diese 1990 gut. Dagegen erhob die Nagra vor dem kantonalen Verfassungs- und vor dem Bundesgericht Beschwerde, was ihrem Ruf beträchtlich schadete.<sup>36</sup> Der Kampf gegen radioaktive Abfälle im Wellenberg fand nun eine bedeutend breitere Basis und war definitiv kein spezifisch links-grünes Thema mehr.

#### Nagra-Entscheid für den Wellenberg:

##### Das Volk sagt Nein

1993 gab die Nagra bekannt, der Wellenberg sei der am besten geeignete Standort für ein Endlager. Nachdem das Bundesgericht im gleichen Jahr die Entscheide der Landsgemeinde geschützt hatte<sup>37</sup>, überliess die Nagra das Feld der 1994 gegründeten Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg (GNW). Diese sollte die weiteren Verhandlungen führen und eine mögliche Lagerstätte für schwach- und mittelfradioaktive

← *Das Nidwaldner Stimmvolk sagte an der Urne 1995 und 2002 Nein zu einem Endlager für radioaktive Abfälle im Wellenberg bei Wolfenschiessen. Die gegnerische Kampagne setzte neue Akzente im Politmarketing, 2002 beispielsweise mit weiterhin sichtbaren Parolen im «Land Art»-Stil.*

**35** Pressemitteilung zum RRB Nr. 121 vom 2. 2. 1989.

**36** Die Beschwerden begründete die Nagra mit grundsätzlichen staatspolitischen Unsicherheiten in Bezug auf die Standortsuche, die einen Präzedenzentscheid des Bundesgerichts erforderten.

**37** Urteil vom 30. 8. 1993, BGE 119 Ia 390.



→ Die Wellenberg-Abstimmungen waren heftig umstritten, die Propaganda auf beiden Seiten entsprechend intensiv. Die Befürworter eines Endlagers im Wellenberg warben 2002 unter anderem mit diesem Abstimmungsplakat für ein Ja.



Atomabfälle dereinst betreiben. Die Frage der Abgeltung erlangte nun hohe Bedeutung. Dem Kanton und der Standortgemeinde Wolfenschiessen wurden in einem Abgeltungsvertrag beträchtliche Geldsummen und kostenlose Stromlieferungen in Aussicht gestellt. Wolfenschiessen stimmte dem Vertrag 1994 zu, worauf die GNW im gleichen Jahr ein Rahmenbewilligungsgesuch beim Bundesrat einreichte.

Nach einer Verfassungsänderung im Hinblick auf die Abstimmung zum Wellenberg kam es am 25. Juni 1995 zur ersten kantonalen Urnenabstimmung in der Geschichte Nidwaldens.<sup>38</sup> Die Bevölkerung lehnte bei einer Stimmbeteiligung von gut 72 Prozent die Konzessionsgesuche der Nagra sowie die befürwortende Stellungnahme des Regierungsrats mit einem Nein-Stimmenanteil von 52,5 Prozent relativ knapp ab. Für die Kantonsregierung war der Wellenberg nach diesem Entscheid kein Thema mehr; allfällige weitere Schritte lägen nun beim Bund.<sup>39</sup> Dieser gab 1996 bekannt, am Standort Wellenberg festhalten zu wollen. Weil die Zweifel weiterer Kreise an den Nagra-Konzepten inzwischen zu gross waren, drängten sich jedoch konzeptuelle Korrekturen auf. Das Rahmenbewilligungsgesuch wurde deshalb 1997 sistiert.

#### Lagerkonzepte werden überarbeitet

Auf Bundes- und Kantonsebene befassten sich von 1996 bis 2000 zahlreiche Arbeitsgruppen und Ex-

pertengremien mit der Lagerung radioaktiver Abfälle. Anlagen mit irreversiblen Charakter wurden zunehmend kritisch beurteilt. Auch die Nidwaldner Regierung bekräftigte 1998, Kontrollierbarkeit und Rückholbarkeit der Abfälle seien Voraussetzungen, um überhaupt wieder auf ein Nagra-Gesuch einzutreten. Zusätzlich forderte sie verbindliche Ausschlusskriterien, die Regelung von Haftungsfragen sowie ein etappenweises Vorgehen.

Hatten 1995 Fragen der Abgeltung noch eine wichtige Rolle gespielt, ging es nun hauptsächlich um die Sicherheit. Den Gegnern kamen Bund und Kanton in wichtigen Punkten entgegen: «Kontrollierte geologische Langzeitlagerung» hiess das neue Konzept, auf das sie sich einigten.

#### Nidwalden sagt erneut Nein

Nachdem der Regierungsrat das neue Konzessionsgesuch der GNW für einen Sondierstollen 2001 bewilligt hatte, kam es am 22. September 2002 zur entscheidenden Volksabstimmung. Die Befürworter betonten, den Sicherheitsbedenken der Gegner sei weitgehend Rechnung getragen worden. Es gehe darum, Verantwortung zu übernehmen, denn die Entsorgung der Atomabfälle dürfe nicht den nächsten Generationen überlassen werden. Die Gegner äusserten grundsätzliche Zweifel am potenziell erdbebengefährdeten Standort im Wasserschloss der Schweiz. Sie warnten vor den möglichen Gefahren der nuklearen Abfälle für die Umwelt und zweifelten an der Objektivität von Nagra und GNW. Das Abstimmungskomitee «Stop Wellenberg» siegte nach einem hochemotionalen Abstimmungskampf: Nidwalden lehnte die Konzessionserteilung für einen Sondierstollen mit 57,5 Prozent Nein-Stimmen ab.

Die Ursachen der Ablehnung sind vielschichtig.<sup>40</sup> Dass die Nagra von der Regierung eingeladen worden war, in Nidwalden nach einem Endlagerstandort zu suchen, hatte Misstrauen geweckt. Zu stark war wohl der Eindruck, dass Sicherheitsfragen gar nicht zuoberst auf der Agenda der Nagra und der AKW-Betreiber standen, sondern dass ihr Handeln von politisch-taktischen Motiven beherrscht war, zumal sie unter Zeitdruck waren, eine Lösung für die Entsorgungsfrage zu präsentieren.

Während sich die Nidwaldner Regierung inzwischen klar gegen den Standort Wellenberg ausspricht, dauert das vom Bund gesteuerte Auswahlverfahren für ein Geologisches Tiefenlager bis heute an.<sup>41</sup>

## POLITISCHE STRUKTUREN: STAAT, FINANZEN UND PARTEIEN



Die politischen Strukturen Nidwaldens waren im 20. Jahrhundert einem beschleunigten Wandel unterworfen: Die zunehmende Finanzstärke und der Aufbau einer professionellen Verwaltung, die Einführung des Frauenstimmrechts und die Abschaffung der Landsgemeinde sowie die Entstehung neuer Parteien veränderten die politische Landschaft nachhaltig.

#### VERFASSUNGSENTWICKLUNG UND VOLKSRECHTE

Die Nidwaldner Kantonsverfassung aus dem Jahre 1913 wurde 1936 und 1955 revidiert, wobei es primär um neue Regelungen der Wahlkompetenzen ging. 1965 wurde sie von einem neuen, modernen Grundgesetz abgelöst. Weitere wichtige Änderungen im Bereich der politischen Rechte waren die Einführung der Proporzwahl für den Landrat 1981 und die Abschaffung der Landsgemeinde 1996.

#### Die Verfassungsrevision von 1936: Mehr Macht dem Volk!

Die Befürworter des Bannalpwerks waren aufgebracht wegen der behördlichen Verzögerungs-

taktiken bei der Umsetzung ihres Projekts. Deshalb lancierten sie eine Initiative für eine Verfassungsrevision, der die Landsgemeinde am 11. Oktober 1936 mit einer Mehrheit von rund sechzig Prozent zustimmte.<sup>1</sup> Ihr Ziel war es, «Richter und weitere Staatsbeamte, deren Amt eine besonders hohe Verantwortung bedingt», durch die Landsgemeinde wählen zu lassen. Darunter befanden sich die Gerichtsschreiber, der Amtsnotar, der Oberförster und der Kantonsingenieur sowie die Konkursbeamten. Statt bisher 19 hatte die Landsgemeinde nun 64 Wahlgeschäfte zu behandeln – vor einer Überlastung der Demokratie hatten die Gegner vergeblich gewarnt. Gleichzeitig wurden die Finanzkompetenzen der Behörden erhöht und ihnen mehr Handlungsfreiheit zugestanden: Regierungsrat, Gemeinderäte und Gerichte konnten nun über grössere Summen selber entscheiden.<sup>2</sup>

#### Die Korrekturen des Jahres 1955

Die neuen Wahlgeschäfte führten an der Landsgemeinde des Öfteren «zu langen und unwürdigen Auseinandersetzungen».<sup>3</sup> Dies stiess mehr und mehr auf Ablehnung, zumal die starke Polarisierung der Bannalp-Ära in den 1950er-Jahren weitgehend überwunden war. Die Wahlkompetenzen

KARIN SCHLEIFER-STÖCKLI

← Die Landsgemeinde fand traditionell jeweils am letzten Sonntag im April statt. Das Bild dokumentiert eine Abstimmung an der letzten Nidwaldner Landsgemeinde vom 28. April 1996.

<sup>38</sup> Vgl. GdK NW 2, S. 117 f.

<sup>39</sup> Medienmitteilung zum RRB Nr. 853 vom 24. 7. 1995.

<sup>40</sup> Vgl. dazu auch Scholz, Entscheidungsprozesse, S. 27.

<sup>41</sup> Mit dem Wellenberg stehen insgesamt sechs mögliche Standorte zur Auswahl. Alle Alternativen sind im nördlichen Mittelland situiert.



für die meisten Verwaltungsbeamten gingen deshalb mit der Teilrevision von 1955 wieder an den Landrat zurück. Die Aufgaben der Behörden und die Systematik der Verfassung blieben unverändert. Die Zahl der Regierungsräte wurde von elf auf neun reduziert und die Anzahl Landräte auf sechzig festgesetzt, eine Sitzzahl, die bis heute Gültigkeit hat. Die Amtsdauer von Regierungsräten, Landräten und Gemeinderäten wurde einheitlich auf vier Jahre festgelegt. Ausserdem erhielten die Frauen das passive Wahlrecht, wenn auch zunächst nur im Erziehungs- und Sozialbereich, wo sie als Mitglieder in Kommissionen wählbar wurden. Neu mussten die Schulgemeinden neben dem Primar- auch Sekundarschulunterricht anbieten. Trotz zeitgemässer Verbesserungen blieb die auf dem Grundgesetz von 1913 basierende Revision ein «unbefriedigendes Flickwerk».<sup>4</sup>

#### Die neue Verfassung von 1965

Die ausserordentliche Landsgemeinde stimmte am 10. Oktober 1965 der neuen, an modernen staatsrechtlichen Grundsätzen orientierten Verfassung klar zu.<sup>5</sup> Die Aufgaben der Behörden und Verwaltung blieben zwar weitgehend unverändert, ebenso die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Das neue Grundgesetz war aber völlig anders aufgebaut als das alte. An Stelle der bisherigen detaillierten Zuweisung von Aufgaben an einzelne Behörden wurden die öffentlichen Aufgaben allgemein umschrieben; Detail- und Umsetzungsfragen sollten durch Gesetze geregelt werden. Staatsrechtlich bedeutsam war die konsequentere Gewaltenteilung: Unterste Gerichtsinstanz war nicht mehr die aus Regierungsräten bestehende Justizkommission, sondern das vom Landrat gewählte Strafgericht. Eingeführt wurden zudem neu ein Verwaltungs- und ein Verfassungsgericht als Kammer des Obergerichts.

Grosse Änderungen gab es auf Gemeindeebene, «da die bisherige Ordnung mit den elf Bezirksgemeinden, den 15 Kirchen- und Filialgemeinden, den 16 Schulgemeinden und den sechs Armengemeinden – alle mit verschiedener Ausdehnung und Bürgerschaft – sich als unhaltbar erwies».<sup>6</sup> Die Bezirksgemeinden hiessen neu Politische Gemeinden. Die Schulgemeinden wurden auf elf reduziert und mussten gebietsmässig mit den Politischen Gemeinden übereinstimmen. Die Armengemeinden wurden abgeschafft, da sie auf dem überholten Heimat- statt auf dem Wohnortsprinzip beruhten. Im März 1966 genehmigte das

Bundesparlament die Kantonsverfassung als erste gelungene Totalrevision einer Kantonsverfassung nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Leistung war in erster Linie dem staatsrechtlich geschulten Regierungsrat Eduard Amstad zu verdanken, der die moderne Vision mit pragmatischer Energie umsetzte.

#### Frauenstimmrecht und Frauenvertretung in Behörden

Bis 1970 waren die demokratischen Rechte in Nidwalden – wie auch auf Bundesebene und in den meisten Kantonen – den Männern vorbehalten. Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts wurde dies mehrheitlich weder von Männern noch von Frauen als Mangel wahrgenommen. Das Öffentliche, besonders die Politik, wurde als männliche, das Private, das heisst namentlich die Familie, als weibliche Sphäre betrachtet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wollte die Frauenbewegung die volle politische Gleichberechtigung, aber der Weg dahin war steinig. Zahlreiche Kantone verwarfen das Frauenstimmrecht in den 1940er- und 1950er-Jahren. Auf

lich das Stimm- und Wahlrecht auf Kantonsebene. Wichtige Grundlagen für diesen Stimmungswandel legte der Staatsbürgerliche Frauenverband Katholischer Schweizerinnen (STAKA), dessen Nidwaldner Sektion 1967 gegründet worden war. Er verfolgte das Ziel, Frauen und Mädchen aus- und weiterzubilden, um sie zur Mitarbeit in Staat und Gesellschaft zu befähigen. Gründungsmitglied Anna Flury aus Stans wurde 1974 als erste Frau in den Landrat gewählt. Zum vergleichsweise schnellen Meinungsumschwung trugen auch die beiden Regierungsräte August Albrecht und Eduard Amstad bei, die sich als politische Schwergewichte den Frauenrechten gegenüber aufgeschlossen zeigten und sich in diesem Sinn auch öffentlich äusserten.<sup>8</sup>

Bei den Gesamterneuerungswahlen von 1974 waren erstmals Frauen in sämtliche Behörden wählbar: 37 Frauen wurden in 30 Behörden gewählt. Die Frauenvertretungen waren – und blieben – in den Domänen Erziehung und Kirche am grössten. Schwieriger war es für Frauen in den

#### Das Proporzwahlrecht

Einen ersten Anlauf zur Einführung der Proporzwahl für den Landrat unternahm die Sozialdemokratische Partei Nidwalden 1952. Ihr Antrag wurde an der Landsgemeinde jedoch mit grossem Mehr abgelehnt. Es überwog die Ansicht, die Minderheiten hätten mit den direktdemokratischen Möglichkeiten der Landsgemeinde genug Einflussmöglichkeiten. Drei Jahrzehnte später unternahm die SP einen zweiten Versuch, der indirekt von Erfolg gekrönt war: Der liberale Gegenvorschlag zum Antrag der Sozialdemokraten wurde 1981 mit klarer Mehrheit angenommen.<sup>11</sup> Nidwalden wollte die zementierten Machtverhältnisse aufbrechen und breitere Kreise an der politischen Arbeit teilhaben lassen. Das neue Wahlrecht zwang die bürgerlichen Parteien zu Anpassungen: Sie mussten sich von «primären Ämterverteilungsorganisationen zu Trägern und Vermittlern politischer Inhalte»<sup>12</sup> entwickeln. In kleinen Gemeinden mit weniger als zehn Landratssitzen funktionierte der Proporz jedoch ungenügend, denn er benachteiligte klei-

<sup>8</sup> Historische Statistik, S. 1043; Bundeskanzlei, Abstimmungsergebnisse, Frauenstimmrecht 7. 2. 1971; Niggel, STAKA; StA NW: A 1001/5, Landsgemeindeprotokoll, Landsgemeinde vom 26. 4. 1970.  
<sup>9</sup> Dies ist die zweittiefste Quote der Schweiz nach TI. Vgl. dazu Bfs, Die Frauen bei den Wahlen – Kantone.  
<sup>10</sup> Historische Statistik, S. 1043; StA NW: D 2828-7, Staatskalender des Kantons Nidwalden.  
<sup>11</sup> Der Gegenvorschlag war detaillierter ausformuliert, unterschied sich jedoch materiell nur unwesentlich vom SP-Antrag.  
<sup>12</sup> Furrer, Opposition, S. 268.  
<sup>13</sup> Unterwaldner vom 26. und 30. 4. 1952; Nidwaldner Volksblatt vom 23., 26. und 30. 4. 1952; Unterwaldner vom 16. 1., 17. 4. und 1. 5. 1981; Nidwaldner Volksblatt vom 10. 3., 17. 4. und 24. 4. 1981; Steibock Nr. 1/09/74, 39/03/81 und 40/04/81; Furrer, Opposition, S. 267 f. Urteil des Bundesgerichts vom 7. 7. 2010, BGE 136 I 352.

Die Nidwaldner Männer stimmten an der Landsgemeinde 1970 dem Frauenstimmrecht auf Gemeindeebene deutlich zu. 1971 folgte die politische Gleichberechtigung auf Bundes- und 1972 auch auf Kantonsebene. Von links: Anna Flury (später Nick-Flury), Stans, wurde 1974 erste Nidwaldner Landrätin, Doris Achermann-Bloch 1988 in Buochs erste Gemeindepräsidentin, Marianne Slongo-Albrecht, Buochs, 1996 erste Landratspräsidentin und 1999 erste Ständerätin. Beatrice Jann-Odermatt, Stans, und Lisbeth Gabriel-Blättler, Wolfenschiessen, hielten 2002 als erste Frauen im Regierungsrat Einzug.



Bundesebene wurde das Begehren 1959 mit einer Nein-Mehrheit von 66,9 Prozent abgelehnt, der Nein-Anteil in Nidwalden betrug 80 Prozent.<sup>7</sup>

1970 war es dann soweit: Die Landsgemeinde stimmte als siebenter Kanton der Schweiz der vollen politischen Gleichberechtigung auf Gemeindeebene zu. Sie folgte dem Gegenantrag einiger Junger, das Frauenstimmrecht nicht nur für die Schul-, Kirch- und Armengemeinden, sondern auch in der Politischen Gemeinde einzuführen. Ein Jahr später wurde das Frauenstimmrecht auf Bundesebene angenommen; Nidwalden stimmte als einziger Urschweizer Kanton mit einem Ja-Stimmenanteil von 56 Prozent zu. 1972 folgte schliess-

Landrat, in den Regierungsrat oder in Gemeinderäte gewählt zu werden. Im Kantonsparlament wurde der grösste Frauenanteil mit 25 Prozent bei den Wahlen 1998 erreicht, und er entsprach in den 1990er-Jahren etwa dem schweizerischen Durchschnitt. Parallel zum Aufkommen der Schweizerischen Volkspartei (SVP) nahm der Frauenanteil im Landrat wieder ab und betrug 2014 nur noch 15 Prozent.<sup>9</sup> Auf Gemeindeebene unterschieden sich die Frauenquoten je nach Behörde sehr stark. Sie betrugen gemäss dem Wahlergebnis von 2010 19 Prozent in den Gemeinderäten, 39 Prozent in den kirchlichen Behörden und 43 Prozent in den Schulbehörden.<sup>10</sup>

ne Parteien. Nach einer 2010 vom Bundesgericht gutgeheissenen Beschwerde der Grünen führte Nidwalden 2013 die Proporzvariante «Doppelter Pukelsheim» ein.<sup>13</sup>

#### Die Abschaffung der Landsgemeinde im Schatten des Wellenbergs

Die Landsgemeinde blieb bis in die 1990er-Jahre wenig bestritten. Zwar wurden Nachteile wie das fehlende Stimmgeheimnis, die Verhinderung vieler Stimmberechtigter an der Teilnahme und die meist schwache Stimmbeteiligung durchaus diskutiert. Höher gewertet wurden jedoch die Vorteile: die effiziente Meinungsbildung und politische



→ 1996 zog der traditionelle Landsge-  
meindezug zum letzten Mal vom Rathaus  
in Stans zum Landsgemeindeplatz in  
Wil bei Oberdorf. Dem Helmbläser folg-  
ten Tambouren und die Blasmusik aus  
wechselnden Gemeinden, der militärische  
Ehrenzug der Nidwaldner Einheit  
«Schützen-Zwölfi», der Träger der Landes-  
fahne, der Schwertträger und der  
Landweibel. Anschliessend reichten sich  
die Regierungsräte in Begleitung eines  
Bundesrats, kirchliche und politische  
Ehrengäste, die Regierungsräte des  
Gastkantons, Nationalrat und Ständerat,  
militärische Ehrengäste, Gemeindeweibel,  
die Landräte und schliesslich die Gerichts-  
behörden in den Zug ein. Dem Standes-  
läufer schloss sich das Landvolk an.



**14** Nidwaldner Volksblatt vom  
31. 8. 1977: Letzter Teil einer  
Artikelserie zur Landsgemeinde.

Entscheidungsfindung sowie die hohe Legitima-  
tion, denn das Stimmvolk konnte über jeden Ge-  
setzesantrag entscheiden. Positiv gewertet wurde  
die Landsgemeinde auch als identitätsstiftende  
Tradition.<sup>14</sup>

Dies änderte sich durch die Auseinander-  
setzungen um ein mögliches Endlager für radio-  
aktive Abfälle im Wellenberg. Befürworter und  
Gegner waren etwa gleich stark. Je höher die  
Stimmbeteiligung, desto legitimer die Entscheide  
– deshalb sollten möglichst viele Stimmberechtig-  
te an den entscheidenden Abstimmungen teilneh-  
men können. Die Landsgemeinde von 1994 brach-  
te den Meinungsumschwung: Ihre überlange  
Dauer von mehr als fünfeinhalb Stunden und der  
zunehmende Unmut über das fehlende Stimm-  
geheimnis beim Auszählen riefen ein breit abge-

stütztes Initiativkomitee auf den Plan. Die vorge-  
schlagene Reform beschnitt die Kompetenzen der  
Landsgemeinde stark, denn sie delegierte Wahlen  
und Verfassungsänderungen an die Urne. Auch  
Sachabstimmungen sollten mit Unterschriften-  
sammlungen an die Urne verwiesen werden kön-  
nen. Das Volk hiess die Reformvorlage an der aus-  
serordentlichen Landsgemeinde im Herbst 1994  
klar gut. Der Weiterbestand der Landsgemeinde  
wurde nun wegen ihrer geringeren Kompetenzen  
generell in Frage gestellt. Am klarsten für die Ab-  
schaffung sprachen sich die SP und die Liberalen  
(LP) aus. Weniger einheitlich waren die Positionen  
beim Demokratischen Nidwalden (DN) und in  
der CVP. Als die Wellenberg-Abstimmung im Juni  
1995 an der Urne eine Stimmbeteiligung von über  
72 Prozent erreichte, war dies auch ein Votum ge-



← Die Hochkonjunktur der 1950er- und  
1960er-Jahre ermöglichte einen Ausbau  
von staatlichen Leistungen, zunächst in den  
Bereichen Infrastruktur, Bildung, Gewäs-  
serschutz und dann im Gesundheitswesen.  
Das Kantonsspital an der Ennetmooser-  
strasse in Stans wurde 1966 eröffnet und  
seither kontinuierlich erweitert.

gen die meist schwach besuchte Landsgemeinde.  
Die von LP und DN unterstützte SP-Vorlage «Ab-  
schaffung der Landsgemeinde ohne Abbau von  
Volksrechten» obsiegte am 1. Dezember 1996 ge-  
gen die Landratsvorlage, die eine Beibehaltung der  
Landsgemeinde vorsah. Grosse Trauer konnte nach  
dem Entscheid nicht ausgemacht werden. Prag-  
matische Überlegungen zu einer zeitgemässen  
Ausgestaltung der direkten Demokratie hatten den  
Ausschlag gegeben. Bis 1998 folgte eine um-  
fassende Regierungs- und Verwaltungsreform, in  
der überholte Strukturen modernisiert wurden.<sup>15</sup>

## VERWALTUNG UND STAATSHAUSHALT

### Kanton und Gemeinden:

#### Professionalisierung und Kantonalisierung

Bis heute sind die Aufgabenbereiche der Gemein-  
den im Wesentlichen dieselben geblieben wie um  
1930. Die konkrete Aufgabenteilung und -erfüllung  
hat sich jedoch stark gewandelt. Zweckverbände,  
wie zum Beispiel der 1960 gegründete Kehr-  
richtverwertungsverband, waren weniger verbreitet  
als in anderen Kantonen. Der Grund dafür liegt in  
der Kleinheit Nidwaldens und der Homogenität  
der Gemeindegrössen.<sup>16</sup> Vielfach hiess und heisst  
die Lösung bilaterale Zusammenarbeit unter den  
Gemeinden, beispielsweise bei der Volksschule.  
Die zunehmende Komplexität der Aufgaben und

die vermehrte Regulierung durch den Bund tri-  
eben die Professionalisierung der Verwaltung voran.  
Als Folge gingen, gerade in jüngster Zeit, zahlrei-  
che Vollzugsaufgaben von den Gemeinden an den  
Kanton über.<sup>17</sup> Die Konzentration von Aufgaben bei  
den Kantonen ist ein gesamtschweizerisches Phä-  
nomen.<sup>18</sup>

Die von der Gemeinde Ennetmoos aus Ef-  
fizienzgründen 2010 vollzogene Integration der  
Schule in die Politische Gemeinde hatte Signal-  
wirkung. Die Mehrheit der Gemeinden zog nach  
und hob die seit 1877 existierenden autonomen  
Schulgemeinden auf. Synergien, zum Beispiel bei  
der Immobilienbewirtschaftung, und eine Ge-  
samtssicht in der Investitionsplanung waren die  
wichtigsten Argumente für die Abschaffung der  
Schulgemeinden.<sup>19</sup>

#### Ämterkumulation im Milizsystem

Eine Unterscheidung zwischen operativer und  
strategischer Führung kannten in Nidwalden bis  
in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts weder  
Kanton noch Gemeinden. Gewählte Behörden fun-  
gierten gleichzeitig als Verwaltung und vollzogen  
direkt ihre Entscheide. Regierungs- und Gemein-  
deräte wickelten die Amtsgeschäfte oft nicht in  
Verwaltungsgebäuden, sondern in ihren privaten  
Räumen ab. In den Gemeinden waren es die Ge-  
meindeschreiber, die im Verlauf der 1970er-Jahre  
zu den ersten vollamtlichen Angestellten wurden.

**15** StA NW: P 88, Komitee pro  
Landsgemeinde; D 2803, Landsgemeinde:  
Protokolle, Organisation, Tonband-  
aufnahmen.

**16** Nidwalden kennt keine Städte  
und keine ganz kleinen Gemeinden.

**17** 2003 Kantonalisierung der Gemeinde-  
zivilstandsämter, 2011 Ablösung  
der Friedensrichter durch eine Kantonale  
Schlichtungsbehörde, 2013 Kantonale  
Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde  
KESB anstelle der kommunalen  
Vormundschaftsbehörden.

**18** StA NW: D 2821/1, Verfassung 1936,  
Art. 82 – 86 zum Gemeindewesen;  
BADAC, Form der interkommunalen  
Zusammenarbeit 2001; Handbuch Ver-  
waltung, S. 32 f.

**19** Vgl. zum Beispiel: Abstimmungsbot-  
schaft Gemeindeordnung Ennetmoos.



→ Konstituierende Sitzung des Landrats vom 26. Juni 2002 im Rathaus in Stans unter dem Präsidium von Ruedi Jurt. Im Nidwaldner Kantonsparlament sitzen die 60 Volksvertreter nicht nach Parteien, sondern nach Gemeinden geordnet. Die beiden Sitzreihen zuvorderst besetzt der Regierungsrat. Die Ausstattung des Landratssaals stammt aus dem Jahr 1955; die Wände zieren Landammänner-Porträts, welche bis zur Abschaffung der Landsgemeinde von den Landammännern auf eigene Kosten in Auftrag gegeben wurden. Die Wappenscheiben sind Ehren-Geschenke anderer Kantone.



**20** Kirchgemeindepäsident.

**21** StA NW: D 2828-7, Staatskalender des Kantons Nidwalden; Gesetzbuch 1943, S. 70 – 73: Gesetz über den Amtszwang; Nidwaldner Volksblatt vom 26. 3. 1932: Nachruf auf Hans von Matt als Beispiel.

**22** Nidwaldner Volksblatt vom 21. 9. 1949; das Maximum hatte Baselstadt mit 120.

**23** StA NW: D 1393, Schachtel 5448, Gutachten Prof. Theo Keller, St. Gallen, vom 7. 10. 1950.

**24** StA NW: A 1001/5, Landsgemeindeprotokoll, S. 3: Votum von Landammann Alfred Gräni an der Landsgemeinde von 1967.

Die Ämterkumulation war verbreitet. Das Fehlen der Gewaltenteilung und die oft gleichzeitige Tätigkeit auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene sind dabei besonders hervorzuheben. Gemäss dem Staatskalender von 1931 bekleidete zum Beispiel Hans von Matt folgende Ämter: Nationalrat, Landrat, Mitglied im Erziehungsrat, Präsident der Maturitätskommission, Mitglied der kantonalen Baukommission, Mitglied des Armenrats Stans und Kirchmeister<sup>20</sup> von Stans. Wer sich an einer Stelle bewährt hatte, wurde häufig – mit oder ohne sein Einverständnis – in weitere Ämter gewählt. Neben dem gesetzlichen Amtszwang wirkte auch die moralische Verpflichtung, sich seinen Fähigkeiten entsprechend für die Öffentlichkeit einzusetzen. In den Nachrufen der Lokalzeitungen wurden solche Mehrfach Tätigkeiten jeweils als Engagement für Volk und Land gelobt, zumal sie nur sehr bescheiden finanziell entschädigt wurden. Mit der Professionalisierung der Verwaltung ging die Ämterkumulation zurück: Sie wurde nicht nur unnötig, sondern galt zunehmend als verpönt.<sup>21</sup>

**Ausbau der Staatstätigkeit**

Die Volkszählung ergab 1941 für Nidwalden die Zahl von 24 Kantons- und Gemeindebeamten auf 10 000 Einwohner – die geringste Quote aller Kantone.<sup>22</sup> Ein vom Regierungsrat in Auftrag gegebenes Gutachten hob 1950 das «sparsame Finanzgebaren» Nidwaldens hervor, das «unnötige Ausgaben vermeidet und selbst in den unvermeidbaren zurückhaltend ist».<sup>23</sup> Dies änderte sich im Verlauf der 1950er- und 1960er-Jahre. Die Hochkonjunktur ermöglichte es, nicht nur «eine einseitige Wirtschaftspolitik zu verfolgen, sondern alle Sparten der Politik, die den Menschen berühren, in einer abgewogenen Harmonie voranzutreiben».<sup>24</sup> Neben dem Ausbau des Verkehrsnetzes wurden staatliche Leistungen im Bildungsbereich (Schulhausbauten, Verstaatlichung der zuvor privat geführten Sekundarschulen, Aufbau der Berufs- und Sonderschule), im Gewässerschutz (Abwasserreinigungsanlagen) und im Gesundheitswesen (Verstaatlichung des Kantonsspitals) massiv ausgebaut. Diese Entwicklung spielte sich ähnlich in

der ganzen Schweiz und auch in vergleichbaren Staaten ab.<sup>25</sup>

Ab den 1970er- und vor allem ab den 1980er-Jahren wurde die Verwaltung sowohl auf Gemeinde- wie auch auf Kantonsebene kontinuierlich ausgebaut. Der gesamtschweizerische Trend, «staatliche Politik über längere Zeit und vorausschauend zu koordinieren»,<sup>26</sup> schlug sich in Nidwalden im Entwicklungskonzept für Nidwalden und Engelberg sowie im ersten Richtplan nieder.<sup>27</sup> Dieser Trend wirkte weiter: Die 1990er- und 2000er-Jahre waren die Zeit der Expertenberichte und Leitbilder, der Konzepte und Studien.<sup>28</sup>

**Die Ökonomisierung von Politik und Verwaltung**

Der Neoliberalismus und die Ideen des New Public Management prägten die 1990er-Jahre. Durch Deregulierung und Privatisierung sollte die Verwaltung kostengünstiger und effizienter werden. Mehrere parlamentarische Vorstösse der Liberalen (FDP) in diese Richtung wurden vom Parlament

gutgeheissen. Das Ziel der effizienten Aufgabenerfüllung und Entlastung des Staatshaushalts führte zur Verselbstständigung des Kantonsspitals, des Strassenverkehrsamtes und der Informatikdienste.<sup>29</sup> Neoliberale Anliegen stiessen allerdings mehrfach auch auf Widerstand: Weitergehende Privatisierungen und Marktöffnungen wurden bei der Kantonalbank, der Sachversicherung und dem Elektrizitätswerk entweder vom Landrat oder vom Volk abgelehnt.<sup>30</sup> Überhaupt hatten es rein durch Effizienzgedanken motivierte Strukturveränderungen schwer. Paradebeispiel dafür ist die gescheiterte Zusammenlegung der Kantonsspitäler Nidwalden und Obwalden. Die Bevölkerung Obwaldens war nicht bereit, aus Kostengründen auf ein eigenes Spital zu verzichten.<sup>31</sup>

**Interkantonale Zusammenarbeit**

Im Jahr 1966 wurde auf Initiative des Kantons Schwyz die «Innerschweizer Regierungskonferenz»<sup>32</sup> gegründet. Schwerpunkte waren Bildung und Soziales, Umweltschutz, Denkmalpflege und

**25** StA NW: D 2828-4, Rechenschaftsberichte des Regierungsrates (im Folgenden: RB RR); Handbuch Verwaltung, S. 29.

**26** Handbuch Verwaltung, S. 38.

**27** StA NW: D 2202, Entwicklungskonzept 1976/78, und D 1248/1, Entwicklungskonzept 1984; D 1216/64-65, Richtplan 1986. Vgl. dazu auch GdK NW 2, S. 193.

**28** Drogenkonzept, Altersleitbild, Informatikstrategie, Spitalplanung, Verwaltungsreform, Polizeileitbild, Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, Kulturleitbild und Familienleitbild.

**29** Die beiden letztgenannten im Verbund mit Obwalden.

**30** Zum Beispiel die Teilprivatisierung des EWN in einer Referendumsabstimmung im Jahr 2001.

**31** StA NW: D 2828-4, RB RR; Kayser, Steuerungsprozesse, S. 75 – 81; Handbuch Verwaltung, S. 39.

**32** IRK, heute ZRK.



Strafvollzug. Vermehrt zusammengearbeitet wurde seit den 1990er-Jahren auch in den Bereichen Öffentlicher Verkehr (Tarifverbund, Investitionsfinanzierung), Polizei (Interkantonale Polizeischule Hitzkirch, Ordnungsdienst bei Grossanlässen) sowie Kultur (Interkantonaler Kulturlastenausgleich). Die Konferenz entwickelte sich zum Steuerungs- und Strategieorgan und zur Plattform für die Interessenvertretung der Region auf Bundesebene.

Daneben wurde auch die Zusammenarbeit mittels Konkordaten<sup>33</sup> gepflegt, wobei hauptsächlich der Bildungsbereich dominierte. Dazu kamen Kooperationsprojekte mit einem oder mehreren Kantonen. So nahm 1989 das gemeinsame Straf- und Untersuchungsgefängnis der Kantone Uri und Nidwalden in Stans seinen Betrieb auf. Insbesondere die Zusammenarbeit mit Obwalden wurde in den 1990er-Jahren vorangetrieben, was vor allem in isolierten Vollzugsbereichen wie der Informatik, der Verkehrssicherheit oder der Arbeitslosenversicherung beziehungsweise -betreuung gut funktionierte. Neue Wege beschritt Nidwalden im Gesundheitswesen: 2012 wurden die Kantonsspitäler von Luzern und Nidwalden unter dem Namen LUNIS<sup>34</sup> unter eine gemeinsame Führung gestellt.<sup>35</sup>

#### Der Weg Nidwaldens zum Tiefsteuerkanton

Das strukturschwache Nidwalden hatte nur bescheidene Steuereinnahmen. Um gute Steuerzahler anzuziehen, begann der Kanton bereits 1924, mit neu zuziehenden Firmen und Privaten Steuerabkommen abzuschliessen.<sup>36</sup> Darin verpflichteten sich diese, ihr Vermögen oder Teile davon in Nidwalden zu versteuern. Welcher Steuersatz dabei zur Anwendung kam, war Verhandlungssache. Landammann Anton Zraggen aus Hergiswil war der Promotor dieser Strategie<sup>37</sup>; nicht zuletzt deshalb wurde seine Herkunftsgemeinde in der Folge zum eigentlichen Tiefsteuerort im Tiefsteuerkanton. Nidwalden verdankte den Steuerabkommen seine zunehmend «günstige Finanzlage»<sup>38</sup> und ab 1952 die Einstufung als finanzstark. Obwohl zahlreiche Kantone ebenfalls Steuerabkommen kannten, nahm die Kritik am dadurch lancierten Steuerwettbewerb immer mehr zu.

Nidwalden wollte jedoch nicht darauf verzichten, bis ein wirksamer Finanzausgleich zwischen den Kantonen etabliert war.<sup>39</sup> Trotz der Abkommen war der Kanton in den 1950er-Jahren noch alles andere als ein Tiefsteuerkanton. Beim

Gesamtindex der Steuerbelastung rangierte Nidwalden auf Rang 17 von 25 Kantonen.<sup>40</sup>

Das Steuergesetz von 1955 brachte wegweisende Neuerungen. Nidwalden führte den sogenannten Heimatschutzartikel (Aktionärsprivileg) ein: Dividenden von Firmen mit Sitz in Nidwalden wurden von der Einkommenssteuer befreit. Im gleichen Gesetz wurde auch die Pauschalbesteuerung für Ausländer ohne Erwerbstätigkeit in der Schweiz verankert: Reiche Zuzüger und Berühmtheiten wie die auf dem Bürgenstock residierenden Sophia Loren und Audrey Hepburn sollten auch ohne Steuerabkommen – deren Abschaffung diskutiert wurde – einen Anreiz zum Verbleib im Kanton haben.<sup>41</sup> Auch ein innerkantonaler Finanzausgleich wurde eingeführt und mit den Einnahmen aus den Steuerabkommen finanziert.

Unter dem Druck des Bundes beschloss Nidwalden, ab 1960 keine neuen Steuerabkommen mehr abzuschliessen und die geltenden per 1970 auslaufen zu lassen.<sup>42</sup> Danach wurden vor allem die Vermögenssteuern stetig gesenkt, um die Gutbetuchten im Kanton zu halten: Der Weg zum Tiefsteuerkanton vollzog sich in den 1970er-Jahren. 1978 war Nidwalden mit einem Indexwert von 75 (gegenüber 81 in Zug und 90 in Schwyz) der steuergünstigste Kanton der Schweiz.<sup>43</sup> Nun kam der Steuerwettbewerb erst richtig in Gang. Nidwalden betrieb jedoch in der Folge eine weniger aggressive Steuersenkungspolitik als Zug und Schwyz. Während der Steuerbelastungsindex Nidwaldens 2001 mit 75 immer noch gleich hoch war wie 1978, waren die Indizes in Zug von 81 auf 50 und in Schwyz von 90 auf 65 gesunken.<sup>44</sup> Das Interesse der Politik bestand vornehmlich darin, die gute Position im interkantonalen Vergleich zu halten. Rückhalt hatte die Strategie in der Bevölkerung, weil parallel zur Entlastung der Vermögenden immer wieder auch die unteren und mittleren Einkommen und insbesondere Familien entlastet wurden. Die Tiefsteuerpolitik verhalf Nidwalden im 20. Jahrhundert zu einer guten Finanzlage und verschaffte dem Kanton finanzpolitischen Handlungsspielraum. Nach der Jahrtausendwende nahm der Steuerwettbewerb mit den von Obwalden, Luzern und Uri lancierten Tiefsteuerstrategien eine neue Dynamik an, worauf Nidwalden mit Steuersenkungen für Unternehmen reagierte. Die längerfristigen Folgen dieser Politik sind noch nicht absehbar.

#### Der Staatshaushalt

Die Staatsausgaben erhöhten sich von 1,2 Millionen Franken im Jahr 1930 auf 350 Millionen Franken im Jahr 2010.<sup>45</sup> Auch die Steuereinnahmen wuchsen entsprechend; dazu kamen substantielle Beiträge durch die Gewinnablieferungen der Kantonalbank und ab 1951 des Elektrizitätswerks. Durch den Bau des Bannalpwerks sowie die Mehrausgaben während des Krieges resultierten zwischen 1930 und 1946 mehrheitlich Defizite. Ebenso verhielt es sich in den 1960er-Jahren, dem Jahrzehnt mit der höchsten jemals registrierten Zuwachsrate des Staatshaushalts, und in den folgenden Jahren. Zunehmende Ausgaben im Sozial- und Bildungsbereich, in erster Linie jedoch die Verkehrssanierung, der Bau des neuen Kantonsspitals und der Abwasserreinigungsanlagen hatten die Verschuldung bis Ende 1979 auf 83,4 Millionen Franken ansteigen lassen.<sup>46</sup> 1981 stimmte die Landsgemeinde einer Reihe von Gesetzesänderungen zu, die eine Neuordnung der Staatsfinanzen brachten. Die öffentlichen Haushalte entwickelten sich in der Folge vorerst positiv, bis ab 1992 grosse Investitionen, wachsende Ausgaben in Bildung und Gesundheitswesen sowie stagnierende Steuereinnahmen erneut zu einer angespannten Finanzlage führten. Der Schuldenberg wuchs bis 1998 auf 94 Millionen Franken. Im Jahr 2000 wurde deshalb eine Schuldenbremse eingeführt und per 2001 wurden die Steuern erhöht.<sup>47</sup> Bereits 2005 konnte die Schulden, hauptsächlich durch die Zahlungen der Nationalbank aus Goldverkäufen, komplett abgebaut werden, und Nidwalden begann mit der Äufnung von Eigenkapital.

Der Indikator der finanziellen Verfassung des Kantons zeigte für 2009 mit der Note 5,98 (von 6) einen Spitzenwert, der nur von drei Kantonen übertroffen wurde.<sup>48</sup> In jüngster Zeit zeichneten sich strukturelle Defizite ab, doch kam Nidwalden sehr gut durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise. Im Jahr 2007 betrugen die Ausgaben des Kantons und der Gemeinden pro Einwohner 9350 Franken; lediglich fünf Kantone hatten geringere Ausgaben.<sup>49</sup> Insgesamt entwickelte sich Nidwalden ab den 1930er-Jahren zu einem modernen Landkanton mit zweckmässiger Infrastruktur und gut ausgebauten staatlichen Leistungen. Die laufenden Ausgaben konnten meist durch das Wachstum der Steuererträge finanziert werden. Im schweizerischen Vergleich verlief der Ausbau des öffentlichen Sektors moderat.

#### ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG DER PARTEIEN

Seit dem 19. Jahrhundert herrschte in Nidwalden ein Zweiparteiensystem mit den Konservativen als dominanter Kraft und den Liberalen als Opposition. Mit den Zuzügern, die auf dem Militärflugplatz Buochs arbeiteten, kamen in den 1940er-Jahren sozialdemokratische Ideen in den Kanton. In Abgrenzung dazu näherten sich Liberale und Konservative einander an. In den 1980er-Jahren entstand mit dem Demokratischen Nidwalden (heute Grüne) eine neue Oppositionskraft. Das Spektrum der grossen Schweizer Parteien etablierte sich erst 1999 mit der Gründung der SVP Nidwalden. Von allen vier Parteien existierten zeitweise Jungparteien.

#### Von den Katholisch-Konservativen zur CVP

Die christlich orientierte Partei wechselte mehrfach ihren Namen und verstand es immer wieder, neue Strömungen zu integrieren. Die Konservativen hatten seit jeher die Mehrheit im Landrat, im Regierungsrat und in den anderen Behörden des Kantons gehalten. In den 1930er-Jahren stand die Partei für die Bewahrung gesellschaftlicher Traditionen und für einen starken Bauernstand. Sie politisierte in grosser Nähe zur katholischen Kirche und befürwortete deren Einfluss auf Gesellschaft und Politik. Die Integration zahlreicher Exponenten der «Bannalp-Partei» im Verlauf der 1940er-Jahre führte dazu, dass die Konservativen wirtschaftsfreundlicher wurden. Auch die Anliegen der von den christlichen Gewerkschaften ausgehenden sozialen Bewegung nahmen sie teilweise auf. Die Geistige Landesverteidigung festigte die emotionale Bindung an den Bundesstaat und führte zu einer einvernehmlicheren Zusammenarbeit mit den Liberalen. Das Zweite Vatikanische Konzil (1962 – 1965) führte zu einer programmatischen Öffnung und zu einer Neupositionierung in der Mitte des politischen Spektrums. Die zunehmende Abkehr von streng katholischen Positionen förderte die Annäherung der beiden bürgerlichen Parteien. 1970 folgte auf schweizerischer Ebene der Namenswechsel, und auch die kantonale Partei nannte sich nun Christlich-Demokratische Volkspartei CVP. Ein Jahr später fusionierte die CVP Nidwalden mit der Christlich-Sozialen Partei, und sie bewahrte ihre dominierende Stellung in Räten und Behörden bis zur Jahrtausendwende. Die Mitte-Partei verstand sich als Interessenvertreterin der Familien, der Landwirtschaft und des

**33** Zusammenschluss von mehreren Kantonen für den Vollzug von Aufgaben.

**34** Luzerner-Nidwaldner Spitalregion.

**35** StA NW: D 2828-4, RB RR;

www.zrk.ch (Version vom 20. 12. 2012).

**36** Die ersten beiden wurden 1924 mit internationalen Hotelgesellschaften geschlossen, die ihre Betriebe in Ägypten und in Italien hatten.

**37** Unterwaldner vom 26. 2. 1938.

**38** Unterwaldner vom 23. 4. 1938.

**39** Amtsblatt vom 11. 3. 1955.

**40** 1957 betrug die Indexzahl 112 gegenüber dem schweizerischen Durchschnitt vom 100; die späteren Hauptkonkurrenten im Steuerwettbewerb, Zug und Schwyz, hatten die Indexzahlen 87 bzw. 100. Vgl. Quellenwerke, Steuerbelastung 1957, S. 56.

**41** Die Initiative der Jungsozialisten zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung wurde 2013 vom Volk abgelehnt.

**42** RRB Nr. 2103 und 2122 vom 28. 11. 1959. Es gab zu diesem Zeitpunkt 106 Steuerabkommen, davon waren 11 Pauschalverträge mit Ausländern.

**43** Quellenwerke, Steuerbelastung 1978, S. 70.

**44** Quellenwerke, Steuerbelastung 2001, S. 88.

**45** Zu den folgenden Zahlen vgl. StA NW: D 2828-3, Staatsrechnungen.

**46** Amtsblatt vom 3. 4. 1981.

**47** Neue Nidwaldner Zeitung vom 26. 10. 2000.

**48** BADAC, Indikator finanzielle Verfassung 2009. Bessere Noten hatten SH, AR und SG.

**49** BADAC, Gesamtausgaben (Kanton und Gemeinden) pro Einwohner 2007: TG, UR, OW, SZ, AI hatten geringere Ausgaben.



**50** Wähleranteile bei den Landratswahlen 2014: SVP: 29,15 Prozent, CVP: 29,05 Prozent, FDP: 24,21 Prozent, Grüne: 12,81 Prozent, SP & JUSO: 4,78 Prozent.

**51** StA NW: P 38-1, Archiv der CVP Nidwalden; D 2828-1, Statistische Auswertungen der Landratswahlen; Altermatt, Art. Christlichdemokratische Volkspartei; Schleifer, Wasserkraft, S. 97; Altermatt, Konfession, S. 137 – 139.

**52** Nidwaldner Volksblatt vom 26. 4. 1950.

**53** Baumgartner, KAB, S. 13.

**54** Baumgartner, KAB, S. 13.

**55** 1949 – 1962 im Amt.

**56** StA NW: D 2828-1, Statistische Auswertungen der Landratswahlen; Baumgartner, KAB, S. 13 f.; Nidwaldner Volksblatt vom 26. 10. 1970.

**57** Unterwaldner vom 17. 4. 1954.

**58** Gruner, Parteien, S. 117 f.; StA NW: D 2828-1, Statistische Auswertungen der Landratswahlen.

**59** Mitgründer und prägende Figur war Max Arnold, später ein bekannter Gewerkschafter und Nationalrat in Zürich; vgl.: Bürgi, Art. Arnold.

**60** Steibock Nr. 39/3/81.

Mittelstands. In jüngster Zeit bekundete sie jedoch Mühe, ihr Profil zu schärfen. Sie verlor stetig Wähleranteile an die 1999 gegründete SVP, die ihr den rechten Flügel abspenstig machte und sie bei den Wahlen 2014 ganz knapp an Wählerstärke übertraf.<sup>50</sup> In den Gemeindebehörden ist die CVP nach wie vor stark vertreten.<sup>51</sup>

#### Die christlich-soziale Bewegung und Partei

Die Katholische Arbeiterbewegung KAB wollte gewerkschaftliche Anliegen mit dem christlichen Fundament der Gesellschaft in Einklang bringen. Sie wurde 1939 unter dem Namen Christlich-sozialer Arbeiterbund Nidwalden gegründet. Um mehr politischen Einfluss zu erlangen, wuchs aus ihrer Mitte 1946 die Christlich-Soziale Partei heraus. Sie nahm sich «mit besonderem Eifer aller Fragen an, welche die Lohnempfänger speziell interessieren», wie an einem Parteitag der Konservativen Partei lobend erwähnt wurde.<sup>52</sup> Von 1949 bis 1970 stellte die CSP eine Minderheitsfraktion mit drei bis sieben Mitgliedern im Landrat. Von den Konservativen mitunter als «Weihwasser-Sozialisten»<sup>53</sup> bezeichnet, verband sie mit diesen eine enge Zusammenarbeit. Im Gegensatz zur SP wurde die CSP als einheimische Kraft wahrgenommen, und sie verfügte auch über den Rückhalt der Kirche, was durchaus wichtig war. Waren die Amtsträger der Konservativen und der Liberalen hauptsächlich Gewerbetreibende, Kaufleute und Bauern, konnten dank der CSP auch «einfache Werk­tätige in Ämtern Einsitz nehmen».<sup>54</sup> Populäre Leitfigur war Regierungsrat Josef Wyrsch von Buochs.<sup>55</sup> 1971 verschmolz die CSP – anders als in Obwalden – mit der CVP.<sup>56</sup>

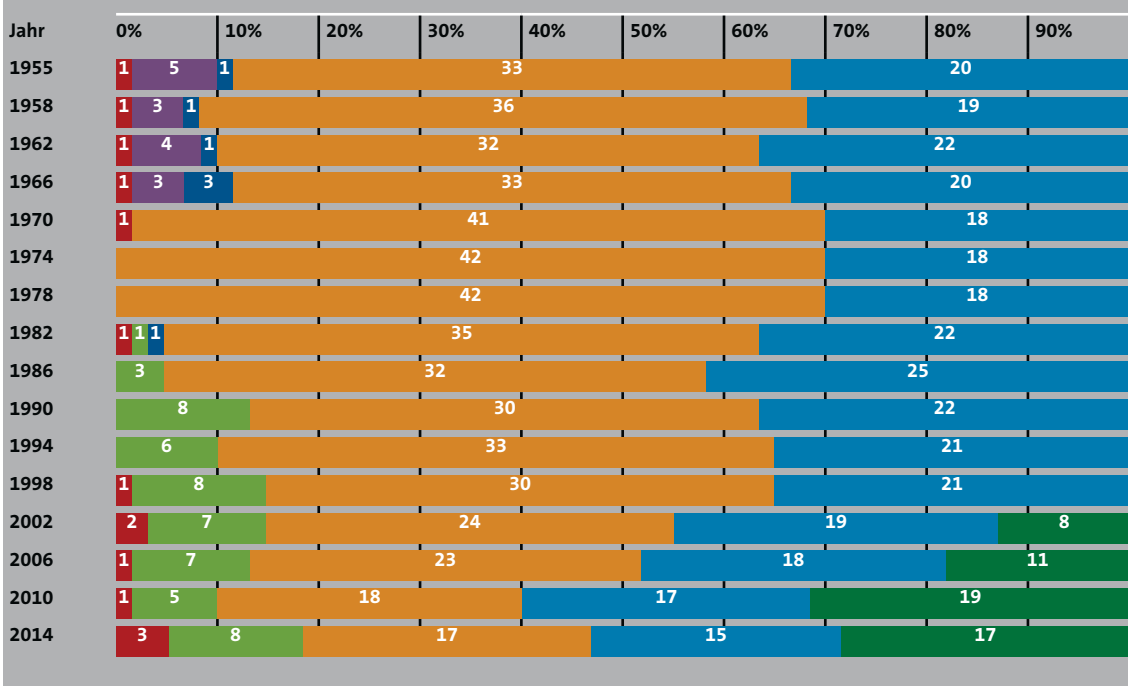
#### Die liberale Opposition wird staatstragend

Die Bannalp-Wirren schwächten die Liberale Partei deutlich; sie erholte sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie positionierte sich bis in die 1950er-Jahre klar als Opposition zur konservativen Mehrheit. Neben dem wirtschaftlichen Fortschritt, der Gewerbefreiheit und einer gesellschaftlichen Öffnung war ihr die Beschränkung des kirchlichen Einflusses auf Politik und Gesellschaft ein Anliegen. «Gradaus Marsch, keine Verkoppelung unserer Interessen mit der Religion», forderte sie am Parteitag 1954.<sup>57</sup> Die Liberale Partei blieb zwar (ausser in Hergiswil) in der Minderheit, doch sie gewann stetig an Akzeptanz. Die beiden bürgerlichen Parteien kamen sich in der Abwehr gegen Sozialismus und Kommunismus zusehends näher. Vereint verstanden sich CVP und Liberale als Vertreter eines

gesunden Mittelstandes und somit als Bollwerk gegen den Sozialismus. Die Rolle der Opposition übernahm ab den 1950er-Jahren die SP; die Liberalen wurden zur zweiten staatstragenden Kraft in einer alles dominierenden Mitte-Rechts-Mehrheit. Die beiden Parteien sprachen sich vor Wahlen häufig ab («freiwilliger Proporz»). Auf die Kooperation mit der CVP war die Liberale Partei nach der Einführung des Proporzwahlrechts 1981 nicht mehr angewiesen, und sie erzielte bei den Landratswahlen von 1986 mit 25 Sitzen ihr bislang bestes Resultat. Die Interessen der Wirtschaft blieben im Fokus der LP und in den 1990er-Jahren profilierte sie sich mit neoliberalen Positionen wie Deregulierung und Privatisierung. Auch die im Jahr 2000 in «FDP Die Liberalen» umbenannte Partei verlor Wähleranteile an die SVP, jedoch deutlich weniger als die CVP. Ein neues Wählersegment der Liberalen waren wohl die gutverdienenden Zuzüger, die sich wegen der tiefen Steuern in Nidwalden niederliessen.<sup>58</sup>

#### Nidwaldner Sozialdemokratie – ein Import aus Zürich

Die SP Nidwalden wurde 1942 unter dem Namen Arbeiter- und Bauernpartei gegründet und 1947 in Sozialdemokratische Partei umbenannt.<sup>59</sup> Die Initiative zur Parteigründung ging von den 1940 aus Dübendorf übersiedelten Angestellten des Militärflugplatzes aus, die in Nidwalden «auf erbitterten Widerstand» stiessen.<sup>60</sup> Obwohl die Basis der Aktiven stets schmal war, lancierten die Sozialdemokraten bis 1955 in den Gemeinden und an der Landsgemeinde immer wieder Vorstösse. Erfolgreich waren sie in ihrem Kampf für die soziale Besserstellung der Arbeiterschaft nur wenige Male. So wurde auf Initiative aus Gewerkschaftskreisen 1950 die Einführung von Kinderzulagen beschlossen. Noch bemerkenswerter war die Zustimmung der Landsgemeinde von 1954 zu einem SP-Antrag, der vom Regierungsrat einen jährlichen Rechenschaftsbericht forderte. Während dieser Wunsch nach mehr Transparenz auf fruchtbaren Boden fiel, fanden die Sozialdemokraten in Steuer- oder Finanzfragen keine Mehrheiten. 1952 erlangte die Partei einen Gemeinderats- und 1955 einen Landratssitz in Stans, zu weiteren Mandaten reichte es nicht. Sie blieb in den Augen der Nidwaldner eine Partei von Auswärtigen für Auswärtige. Mitte der 1960er-Jahre fiel die SP Nidwalden in einen Dornröschenschlaf. Daraus aufgerüttelt wurde sie erst durch den Verlust sämtlicher Mandate 1974. Im gleichen Jahr lancierte sie das Magazin Steibock,



#### Landratssitze der Parteien

- Konservative Partei/CVP
- Liberale Partei/FDP
- CSP
- SP
- DN/Grüne
- SVP
- Andere

*Parteilose Landräte, die sich einer Fraktion anschlossen, erscheinen bei der jeweiligen Fraktion.*

*Ab 1958 dauerte die Legislaturperiode 4 Jahre (vorher 3).*

um die als verkrustet wahrgenommene Politlandschaft im Kanton aufzumischen. 1981 trennte sich jedoch ein grosser Teil des jungen Autorenteams im Streit vom Steibock, welcher 1986 eingestellt wurde. Ein grosser politischer Erfolg der Partei war die von ihr angestossene Einführung des Proporzwahlrechts 1981. Ab Mitte der 1980er-Jahre trat die SP kaum noch in Erscheinung; an den Landratswahlen 1990 nahm sie nicht mehr teil. 1996 startete sie einen Neuanfang, initiierte erfolgreich die Abschaffung der Landsgemeinde und kehrte 1998 in den Landrat zurück. Der Wähleranteil der SP/JUSO betrug 2014 knapp 5 Prozent. Ihre Initiativen und Referenden in der Sozial-, Steuer- und Umweltpolitik sowie im Bereich der Volksrechte fanden jedoch keine Mehrheiten.<sup>61</sup>

#### Das Demokratische Nidwalden – die Nidwaldner Grünen

Die junge Autorengruppe, die den Steibock verlassen hatte, gründete 1981 mit dem Bockshorn eine eigene Oppositionszeitschrift.<sup>62</sup> 1982 wurde aus diesem Kreis die Partei Demokratisches Nidwalden (DN) gegründet. Das zunehmende Unbehagen angesichts des starken Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums, die dadurch entstandenen Umweltprobleme sowie die Opposition gegen den immer noch katholisch geprägten Konservatismus bildeten das Fundament der neuen Partei.<sup>63</sup> Anders als die SP trat das DN klarer als spezifische Nidwaldner Opposition auf und vermochte da-

durch besser zu mobilisieren. Die Parteibasis bestand aus Vertretern der neuen Mittelschichten, ehemaligen Mitgliedern der CSP und Leuten, die sich in Kultur, Bildung und Umweltschutz engagierten. Schon im Gründungsjahr konnte ein erster Landratssitz errungen werden, und bis 1989 wurden in sieben Gemeinden Ortsgruppen gegründet. Anders als in den traditionellen Parteien betrug der Frauenanteil bei den Mitgliedern und den Aktiven gegen 50 Prozent. Zwischen 1990 und 2014 hielt das DN stets fünf bis acht Landratssitze. Prägend für die Partei war der erfolgreiche Kampf gegen das Atomendlager im Wellenberg. Die Abstimmungssiege machten das DN in den 1980er- und 1990er-Jahren im überkantonalen Vergleich zu einer der erfolgreichsten ökologisch orientierten Parteien und ermöglichten die Wahl von Leo Odermatt (1998 – 2010 im Amt), ihres ersten und bislang einzigen Regierungsrats. Schwierig war es, in Gemeindebehörden einzuziehen; es blieb bis heute bei wenigen Mandaten. Innerhalb und ausserhalb des Parlaments wirkte die Partei als unbequeme, kritische Opposition. Ihre Anliegen sties­sen zunächst auf Widerstand, wurden auf lange Sicht im Umweltschutz-, im Bildungs- und im Sozialbereich aber häufig verwirklicht. In der Steuer- und Finanzpolitik konnte sie hingegen – analog zu den Sozialdemokraten – kaum Erfolge vorweisen. Einen neuen Politikstil etablierte das Demokratische Nidwalden durch unkonventionelle Aktionen wie das Ausstecken des «Liegenden Menschen»

<sup>↑</sup> Die Zusammensetzung des Landrats hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. Einerseits sind neue Parteien zu den alten in Konkurrenz getreten (Demokratisches Nidwalden DN bzw. Grüne Nidwalden GN und Schweizerische Volkspartei SVP). Andererseits haben Änderungen in der Wahl-Gesetzgebung zur Vielfalt beigetragen: 1982 die erstmalige Wahl nach Proporz, 2014 der Wechsel auf das Zählsystem «Doppelter Pukelsheim».

<sup>61</sup> StA NW: P 24, Archiv der SP Nidwalden; D 2828-1, Statistische Auswertungen der Landratswahlen; Ambauen, Partei, S. 2 – 18; Furrer, Opposition, S. 215 – 238.

<sup>62</sup> Das Bockshorn erschien von 1981 bis 1987.

<sup>63</sup> Vgl. GdK NW 2, S. 162 ff.



(CH91-Projekt), Mahnfeuer oder Baumpflanzaktionen. Im Jahr 2005 trat das DN den Grünen Schweiz bei und änderte 2008 den Namen in Grüne Nidwalden.<sup>64</sup>

### Der Aufstieg der SVP

Die SVP war das konservative Gegenstück zur CVP in den reformierten Gebieten der Schweiz. Erst als die CVP in die Mitte rückte und das «C» an Bedeutung verlor, konnte die SVP auch in den katholischen Stammlanden Fuss fassen. Die Initialzündung für die Gründung der SVP Nidwalden waren die europapolitischen Erfolge der Mutterpartei auf eidgenössischer Ebene. Antrieb war aber auch die Unzufriedenheit mit den Machtverhältnissen in Nidwalden und die absolute Mehrheit der CVP im Landrat. Die zunehmende Akzeptanz von ursprünglich links-grünen Anliegen in bürgerlichen Kreisen führte bei rechtskonservativ gesinnten Bevölkerungsteilen zu einem wachsenden Gefühl politischer Heimatlosigkeit. Der teilweise polemische und zuspitzende Stil, den die Mutterpartei pflegte, mobilisierte eine wachsende Anhängerschaft, die sich namentlich in den Bereichen Finanzen, Bildung und Ausländerpolitik für eine konservative beziehungsweise restriktivere Politik einsetzte. Die meisten Mitglieder der 1999 gegründeten SVP Nidwalden waren politisch zuvor nicht aktiv gewesen; es waren vor allem konservativ Gesinnte aus Landwirtschaft und Gewerbe, die sich von CVP und FDP nicht mehr vertreten sahen. Zwischen 2000 und 2006 wurden in allen Gemeinden Ortsparteien gegründet. Die Parteiprogramme beinhalteten ähnliche Schwerpunkte wie die der beiden anderen bürgerlichen Parteien, allerdings wurden die Positionen pointierter formuliert und polemischer vorgetragen. Auch die SVP beschritt neue Wege in der politischen Arbeit, zum Beispiel mit dem Plakatieren am Strassenrand und Touren von Kandidierenden durch alle Gemeinden, die von nationalen Parteigrössen begleitet wurden. 2006 zog die SVP mit dem ersten, 2010 bereits mit zwei Vertretern in den Regierungsrat ein und wurde 2014 knapp vor der CVP wählerstärkste Partei. Eine Niederlage musste die aufstrebende Partei 2005 mit ihrer Initiative zur Verkleinerung des Regierungsrats von sieben auf fünf Mitglieder einstecken, und harzig verlief zunächst der Einzug in die kommunalen Räte. Grösste Erfolge waren das erfolgreiche Referendum gegen den Beitritt zum HARMOS-Konkordat 2009 und der Gewinn des einzigen Nidwaldner Nationalratsmandats durch Peter Keller im Jahr 2011.<sup>65</sup>

### DIE POLITISCHE PRESSE

Die Schweizer Presselandschaft bestand vornehmlich aus politisch klar positionierten Zeitungen. So blieben auch in Nidwalden die beiden Zeitungen – das konservative Nidwaldner Volksblatt und der liberale Unterwaldner, die beide zweimal wöchentlich erschienen – bis in die 1970er-Jahre Parteiblätter. Ihre Auflage konnten die beiden Zeitungen zwischen 1930 und 1970 trotz grossen Bevölkerungszuwachses nicht oder nur unwesentlich steigern. Nidwaldner Korrespondenten berichteten regelmässig auch in Parteiblättern anderer Kantone, wobei die Konflikte teilweise polemisch ausgeschlachtet wurden. So schrieb zum Beispiel der liberale Landschreiber Franz Odermatt – notabene während seiner Amtszeit – pointierte Berichte in der Neuen Zürcher Zeitung und im Luzerner Tagblatt über die herrschende konservative Mehrheitspolitik.<sup>66</sup>

Nach 1970 verlor Nidwalden seine eigenständigen Zeitungen, denn die geringen Auflagen erlaubten den Ausbau zu Tageszeitungen nicht. Dies führte zur Zusammenarbeit mit den parteipolitischen Schwesterblättern in Luzern: Als «Kombipack» erschienen ab 1973 das Luzerner Tagblatt mit dem Unterwaldner und ab 1974 das Vaterland mit dem Nidwaldner Volksblatt. Die erste Tageszeitung war ab 1981 das Nidwaldner Tagblatt als Regionalausgabe des Luzerner Tagblatts. Die konservative Konkurrenz musste nachziehen: 1985 bis 1991 erschien auch das Nidwaldner Volksblatt als Tageszeitung im Verbund mit dem Vaterland.

Aus wirtschaftlichen Gründen intensivierte sich der Konzentrationsprozess in den Städten. 1991 fusionierten das Vaterland und das Luzerner Tagblatt zur Luzerner Zeitung; daraus erwuchs als Regionalausgabe die Nidwaldner Zeitung. Als letzte Alternative existierten nur noch die Luzerner Neuste Nachrichten, die einen Korrespondenten in Nidwalden beschäftigten. Aber auch das parteiunabhängige Blatt musste 1995 aufgeben: Es fusionierte mit der Luzerner Zeitung zur Neuen Luzerner Zeitung. Als Regionalausgabe erscheint seit 1996 die Neue Nidwaldner Zeitung; dies war das vorläufige Ende der politischen Pressevielfalt in Nidwalden.<sup>67</sup> Der Grund dafür lag jedoch nicht nur in wirtschaftlichen Restrukturierungen. Mit der zunehmenden Auflösung klar abgrenzbarer politischer Milieus schwand auch das Bedürfnis nach Parteizeitungen.<sup>68</sup>

<sup>64</sup> Furrer, *Opposition*, S. 211 – 213, 492 f.; Baumgartner, KAB, S. 13; StA NW: D 2828-1, *Statistische Auswertungen der Landratswahlen*.

<sup>65</sup> *Parteiprogramme der SVP Nidwalden, Gespräch mit Parteipolitikern am 28. 1. 2013*. StA NW: D 2828-1, *Statistische Auswertungen der Landratswahlen*.

<sup>66</sup> StA NW: P 65-3/7, *Nachrufe Franz Odermatt 1952*.

<sup>67</sup> Von 2004 bis 2009 erschien zweimal wöchentlich die elektronische Zeitung onlinequer und von 2009 bis 2012 zweimal pro Woche die Obwalden Nidwalden Zeitung ONZ.

<sup>68</sup> Huber, *Pressegeschichte*; Huber, *Kommunikation*, S. 188 – 195; Schleifer-Stöckli, Art. *Nidwaldner Volksblatt*.